

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1949**

32 (12.8.1949)



Aus dem Inhalt:

- Das politische Porträt Carlo Schmid Lastenausgleich? — ein grober Wahlschwindel! Mer mache's, wie vor vierzehn Daag Wie vielen Ausgebombten geht es so? Lebensbilder von Erhards „registrierten Schwarzhändlern“ „Deutsche, werdet keine Knechte!“ „Ich bin kein Kommunist, und trotzdem werde ich sie wählen!“ „Menschlich sind sie mir am liebsten...“ KPD-Kandidaten unterstützen Gewerkschaftsforderungen

Gib Deine Stimme dem Wahlvorschlag 4!

Soll deine Stimme Gewicht erhalten, soll dir ein Fürsprecher deiner Nöte erstehen, soll Deutschland nicht katzbuckelnde, sondern aufrechte Männer zu seiner Vertretung haben, dann wähle die Kandidaten der Kommunistischen Partei!

Das gebrochene Schweigen!

Um Mannheim kam Dr. Schumacher nicht herum

Die Wähler Mannheims stehen am Sonntag vor einer Entscheidung, die im Schatten der erst kürzlich durchgeführten Oberbürgermeisterwahl in Mannheim steht. SPD, CDU und DVP stimmten damals für einen gemeinsamen Kandidaten und ihre traute Gemeinschaft konnte der „wilde Scheinkampf“, der zwischen eben diesen Parteien im übrigen Westdeutschland tobte, nicht beeinträchtigen. Ueberraschend war dieses Bild, das in Mannheim geboten wurde, nicht. Es entsprach ganz dem Bonner und Frankfurter Vorbild, das diese Parteien untereinander bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes geboten haben. Jetzt ist mindestens der Rückschluß gestattet, daß das getrennte Marschieren der drei Koalitionsparteien bei der Bundestagswahl, insbesondere in Mannheim, nur eine Taktik ist, bis die Wahlen vorüber sind, wo sie dann nach dem Aushandeln der Ministerposten des Separatstaates Westdeutschlands wieder in das gemeinsame Koalitionsbett steigen werden.

Das Wahlergebnis der Oberbürgermeisterwahl wurde in Deutschland so gut wie totgeschwiegen. Radio und Presse brachten nur, daß Dr. Heimerich gewählt ist, ohne ein Wort zu erwähnen, daß die Kommunistische Partei mit ihrem Kandidaten Erwin Eckert bei dieser Wahl 11 000 Stimmen gewonnen hat. Das außerordentlich gute Abschneiden der Kommunisten paßte nicht in das Bild ihrer Prognosen, wonach die Kommunisten angeblich ein totes Rennen liefen; eine Zweckpropaganda, den Wähler kopfschüttelnd zu machen. Man konnte die Korrektur dieses Bildes nicht anders verhindern, als eben dadurch, daß man einfach den Wahlerfolg der Kommunisten in Mannheim totgeschwiegen hat.

Ganz ist das nun doch nicht gelungen. Der erste, der das Schweigen gebrochen hatte, war General Groß, der Direktor der Militärregierung, der die Mannheimer Oberbürgermeisterwahl „als vollendet demokratisch“ bezeichnete und das hohe Stimmenergebnis für den KPD-Kandidaten Eckert auf dessen „persönliche Qualitäten“ und darauf zurückführte, daß Mannheim eine ausgesprochene Industriestadt sei. Das getarnte CDU-„Tageblatt“ in Heidelberg war die erste Zeitung, die in einem Leitartikel überschrieb: „Vor einer kommunistischen Ueberraschung?“ zum Mannheimer Wahlausgang Stellung nahm. Es meinte: „Es handelt sich hier um den bei uns noch seltenen Fall einer echten Persönlichkeitswahl... Die Mehrzahl derjenigen Arbeiter, die überhaupt zur Wahl gingen, hat den kommunistischen Rat (Der SPD-Kandidat ist bürgerlich, wählt Erwin Eckert!) befolgt.“ Der Artikel schließt mit dem Vergleich des Lippe-Siegs des Nationalsozialismus im Januar 1933 und beschwört das Bürgertum, am 14. August bei der Bundestagswahl aktiv zu sein.

Inzwischen hat sich Dr. Schumacher vernehmen lassen. Um Mannheim ist er nicht herum gekommen. In einer Pressekonferenz in Stuttgart nahm er Stellung. Damit seine Weissagungen Recht behalten sollen, erblickt er in der Mannheimer Oberbürgermeisterwahl „kein politisches Symptom“. Den Erfolg der KPD führt er auf ihren Kandidaten Eckert, dessen langjährige Tätigkeit als Pfarrer, unterstützt mit seiner rhetorischen Begabung, zurück, die ihm einen engen Kontakt mit der Bevölkerung sicherten. Dem Kandidaten der drei Koalitionsparteien, Dr. Heimerich, habe die politische Basis (!) gefehlt. Die Prophezeiung Dr. Schumachers für den 14. August erschöpft sich im Ableben des vorhergehenden Wahlergebnisses in Mannheim: „Jetzt kandidiert in Mannheim Carlo Schmid. Er bekommt seine 43 Prozent der Stimmen. Die KPD kann nicht über 18 Prozent hinaus.“ So möchte es Dr. Schumacher.

„Nicht symptomatisch“, sagte Dr. Schumacher, der „Rheinische Merkur“ aber sagte zu Mannheim „Ein Warnsignal“. In zweifacher Hinsicht sei das Wahlergebnis bemerkenswert: „Zum ersten zeigt es, daß ein

Die von der Kommunistischen Partei vorgeschlagenen Kandidaten zur Bundestagswahl sind Männer aus dem Volk für das Volk. Die Kandidaten der Kommunistischen Partei haben keine Unternehmer und Kapitalbesitzer im Rücken, die sie finanzieren, damit sie deren Interessen vertreten. Sie genießen ebensowenig das Wohlwollen der Besatzungsmächte, weil ihnen wichtiger ist, Sprecher des schaffenden Volkes zu sein, Kenner ihrer Sorgen und Nöte und Kämpfer für die deutschen nationalen Interessen. Sie sind nicht befallshungrig für ausgeführte Wünsche und Empfehlungen der Besatzungsmächte, die in Widerspruch mit dem stehen, was dem deutschen Volke not tut. Sie sind Feinde des Ruhr- und Besatzungsstatuts, weil Westdeutschland durch diese zur Kolonie der Besatzungsmächte degradiert wird. Sie sind gegen die Zustände, die mit dem separaten Weststaat geschaffen wurden, denn diese zwingen uns in wirtschaftliche, politische Unfreiheit und in ein Sklaven-dasein.

Die kommunistischen Kandidaten sind Gegner der Politiker von der CDU bis zur SPD, die das Prädikat erhalten haben, Hilfspersonal der Besatzungsmächte zu sein. Sie sind Feind einer Politik, die sich in der Vollziehung fremden Willens erschöpft und deren Vertreter dann nichts Besseres zu tun wissen, als hinterher etwa aus Anlaß der Wahl über den Grad der eigenen Schuld gegenüber den ausländischen Mächten und über den Anteil künftiger Ministerressel im Separatstaat Westdeutschland zu streiten. Sie sind Feinde der zur Irreführung der Öffentlichkeit berechneten Schaukämpfe, wie sie Schumacher und Carlo Schmid mit Adenauer und Professor Erhard durchführen, weil damit von den eigentlichen Fragen des jetzigen Wahlkampfes abgelenkt wird.

Die Kandidaten der Kommunistischen Partei lehnen billige Versprechungen ab, die sie in steigender Fülle von Tag zu Tag mehr von allen Parteien gegeben wurde. Nicht, daß sie nicht für notwendig erachteten, das Dringende, Unaufschlebbare von Forderungen, die das Volk braucht, auszusprechen, aber sie lassen keinen Zweifel darüber, wo unserem eigenen Willen nicht ohne das Zutun jener Politiker Grenzen gezogen sind.

Unsere Wirtschaft wird durch die Ruhrbehörde, durch wachsende ausländische Kapitalinvestitionen und das Außenhandelsmonopol der JEIA vom Ausland beherrscht. Unsere riesigen Steuereinkommen werden fast zu einem Drittel durch die Besatzungskosten aufgefressen. Unsere politische Freiheit hängt dem Grundgesetz zum Trotz am Besatzungsrecht und dem Veto der Hohen Kommissare. Wer dazu nicht Stellung nimmt, wer das übergeht, wer trotz dieser Tatsachen von Sozialisierung, einem wirklichen Lastenausgleich, Wohnungsbauprogramm und tausend anderen schönen Dingen redet, ist entweder politisch ahnungslos oder begeht eine bewußte Irreführung gegenüber dem Volk.

Die Kandidaten der Kommunistischen Partei haben bewiesen, daß sie die Dinge in ihrer wirklichen Bedeutung sehen, daß sie nicht willens sind, mit einer lieblich machenden Schminke zu arbeiten, und daß sie Mut und Rückgrat haben. Nur mit ihnen wird es ein einiges und freies Deutschland geben, ein eigenes Haus, in dem das deutsche Volk selbst Herr seines Schicksals sein wird und nicht in die Rolle des Almosenempfängers und der Stiefelputzer fremder Mächte gedrängt sein wird. Die höchste Aufgabe, die sich die Kommunistischen Abgeordneten im Bundestag stellen, besteht in Kampf um die Bildung einer Gesamtdeutschen Regierung, Abschluß eines Friedensvertrags und Abzug aller Besatzungstruppen. Deshalb

Wählt am 14. August die Kandidaten der KPD!

„Wir wollen nicht noch einmal hören, daß das deutsche Volk schuld ist!“

Stuttgarts größte politische Kundgebung — Max Reimann rechnet mit Carlo Schmid vor 8000 Stuttgartern ab

Stuttgarts größte politische Massen-kundgebung seit 1945 wurde am Sonntag mit Max Reimann von der KPD durchgeführt. Mehr als 8000 Menschen hatten sich auf dem Marktplatz eingefunden, die den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands stürmisch begrüßten. Max Reimann setzte sich in seinen Ausführungen mit der Tätigkeit Prof. Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat auseinander. Die stärkste Zustimmung fand er bei der Stelle seiner Rede, wo er das kriegstreiberische Wirken Carlo Schmid brandmarkte. Max Reimann sagte: „Die Kommunistische Partei erhob im Parlamentarischen Rat ein Gesetz zum Antrag, nach dem der Krieg geächtet und ein Verbot für jeden Deutschen, Dienst in einer fremden Wehrmacht zu tun, ausgesprochen werden sollte. Es war der SPD-Führer Prof. Carlo Schmid, der unter dem Hinweis auf den Eintritt Westdeutschlands in die Europaunion und den Atlantikpakt ein solches Gesetz ablehnte. Was ich damals sagte, möchte ich heute wiederholen. Wir Kommunisten werden alles tun, daß die Jugend sich weigert, wieder Kanonenfutter und Opfer eines neuen Krieges zu werden. Wir wollen Frieden und protestieren auch jetzt im Namen des ganzen Volkes gegen die Generalstabesbesprechungen auf deutschem Boden. Wir wollen bei uns niemals

mehr solche Gespräche hören. Wir wollen nicht noch einmal hören, daß das deutsche Volk schuld ist.“

Westdeutsche Zwangsarbeit

Die Erregung über die Militärgerichtsurteile gegen Demontageverweigerer ist unter der Bevölkerung, insbesondere der des Rheinlandes und Westfalens sehr groß. Wieder sollten 31 Arbeiter der Dortmunder Paraffinwerke, die angeblich den Gestapoagenten und Inhaber der Firma Müller verprügelt haben, vor Gericht gestellt werden. Eine Reihe von Belegschaften großer Betriebe haben deshalb in der vergangenen Woche Proteststreiks und Versammlungen durchgeführt. Die 3200 Mann starke Belegschaft der Schachtanlage „Hardenberg“, 2000 Arbeiter der Dortmunder „Union-Brückenbau AG“ und 600 Belegschaftsmitglieder der Fr. Klönne führten jeweils einen halbstündigen Proteststreik durch. Diese, wie auch andere Belegschaften, protestierten nicht nur gegen die Gerichtsverfahren wegen Demontageverweigerung, sondern auch dagegen, daß überhaupt Demontagen durchgeführt werden.

Wenn es einen Zwang gibt, Demontagen arbeiten durchführen zu müssen, wenn dem

deutschen Arbeiter nicht das Recht eingeräumt ist, eine Arbeit zu verweigern, die zu Nutz und Frommen der ausländischen Konkurrenz durchgeführt wird und seinen Arbeitsplatz vernichtet, haben wir praktisch den Zustand der Zwangsarbeit in Westdeutschland. Anderswo soll es die geben, aber bei uns soll Demokratie und Freiheit herrschen. Es gibt zwar im Völkerrecht keinen Anhaltspunkt für die Verurteilung von Demontageverweigerern, aber die Besatzungsmächte setzen sich darüber kalt hinweg mit dem Anspruch, daß Besatzungsrecht Völkerrecht breche. Dieses Besatzungsrecht ist auch das übergeordnete Recht des Grundgesetzes und aller durch den Bundestag künftighin zu schaffenden Gesetze. Die Redner von SPD bis CDU vergessen in ihren Wahlversammlungen, ihren Hörern diese elementare Tatsache vor Augen zu führen.

Wer Eckert seine Stimme gab, Wählt Willy Grimm zum Bundestag!

Kompromißkandidat zwischen CDU und SPD den meisten Wählern nicht behagt, mindestens ein Drittel aller SPD-Wähler — im offenen Gegensatz zur ausgegebenen Parteiparole — haben den radikalen Sozialisten Eckert vorgezogen und damit für Badens aktivsten Kommunisten plädiert. Die Wahl habe Perspektiven aufgezeigt, die weit über ihre lokale Bedeutung hinausweise. Das Gegenteil von Dr. Schumacher ist damit gesagt.

Die SPD in Mannheim macht große Anstrengungen, in der Hoffnung, am 14. August wenigstens ihre eigenen Anhänger zurückzugewinnen. Carlo Schmid, der bürgerliche Politiker ohne Rückgrat scheint uns in der Industriestadt Mannheim das am wenigsten geeignete Zugpferd dafür zu sein. Unsere Parole für den Sonntag in Mannheim ist: Wer Eckert seine Stimme gab; wählt Willy Grimm zum Bundestag!



WILLY GRIMM UND GEORG SCHÖPFLIN Bundestagskandidat für Mannheim-Stadt Veteran der SPD in Baden - früher M.d.R. sprechen Freitag, 12. August, im Rosengarten in Mannheim



# Leben und leben lassen!

„Leben und leben lassen“ ist ein sehr bekannter Ausspruch, der an sich schon nicht ganz ohne fatalen Beigeschmack ist. In unserer heutigen Zeit, in der die bitteren Folgen eines total verlorenen totalen Krieges ausgetragen werden müssen, in der die Faust des Schicksals Millionen Menschen in den Staub geworfen hat

„worin er, sich vom Staube nährend, lebt bis ihn Herr Erhard's Tritt vernichtet und begräbt“

in dieser Zeit einer erbarmungslosen Diktatur des Geldsacks, wie wir sie in Deutschland bisher noch nicht gehabt haben, da ist die Parole „leben und leben lassen“ gänzlich zu Hohn und Spott geworden.

Die Kreise, die heute in den westlichen Besatzungszonen unter dem Schutz der Bajonette der Besatzungsmächte durch parlamentarische Gaukelspiele die Macht an sich gebracht haben, sie denken nur an leben, an ein Leben herrlich und in Freuden für sich selbst. Für sie gibt es keinen verlorenen Krieg. Sie haben Schäden und Verluste, die ihnen der Krieg vielleicht auch gebracht haben könnte, längst als Schieber, Schwarzhändler, Hortungs- und Währungsgewinnler mit tausendfachem Gewinn wieder eingebracht. Sie spüren auch keine Lasten des verlorenen Krieges, ihnen geht es meist besser als je zuvor. Dieser Teil des deutschen Volkes sieht zu Herrn Wirtschaftsdirektor Erhard mit Bewunderung und Dankbarkeit auf, denn sie fühlen sich ihm sehr verbunden und verpflichtet. Diese Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaft verdanken es ja der Wirtschaftspolitik des Herrn Erhard, daß sie heute Preise nehmen und Profite einstecken können, an die sie früher in ihren kühnen Träumen nicht gedacht haben. Sie verdanken es diesem Manne, daß es für sie keine Magenfrage, keine Wohnungsfrage, keine Sorge um Arbeit und um das bescheidenste Existenzminimum gibt. Für sie ist gesorgt, für sie gab und gibt es keinen verlorenen Krieg. Für sie wird gebaut: Läden, Fabrikräume und auch Wohnungen. Für sie fließen die Milliardensummen, die die breite Masse durch Steuern, direkte und indirekte, aufrufen muß oder die von der Besatzungsmacht aus ganz bestimmten Gründen geliefert werden, in die verschwiegene Kanäle, wo sie dann in sicheren, heimlichen Gewahrsam geleitet werden, während der schaffende Mensch vor Geldmangel nicht mehr aus noch ein weiß. Das verdanken sie Herrn Wirtschaftsdirektor Erhard, dem Mephisto der deutschen Wirtschaft, für den der Ausspruch gelten kann: „Du aber grinsend gelassen über das Schicksal von Millionen hinweg!“

Wer sind nun diese Millionen, auf deren vernichteten und bedrohten Existenzen Erhard dieses Paradies für die Besitzenden aufgerichtet hat? Es sind die Heimatvertriebenen, die Kriegsopfer aller Kategorien: Verstümmelte, Witwen und Waisen, die Opfer der „Ausradierungen“, die kleinen Sozialrentner, die kleinen Sparer, die alle Nachkommen für ihren Lebensabend in einer Nacht verloren haben: kurzum alle diejenigen, die in einer freien Wirtschaft, wo nur die Elitenbogenfreiheit und das Faustrecht der Stärkeren gilt, erbarmungslos unter die Füße getreten werden. Für sie ist der Staat nur der Büttel, der ihnen mit strenger Miene ihr Untertanenverhältnis vorhält, der sie in Wirtschaftsamtern, Arbeitsämtern und allen möglichen „Fürsorgen“ — aber ohne Liebe, Verständnis und Fürsorge — auf seine Art „betreut“ und „erfaßt“. Für sie gelten die Gesetze und Bestimmungen, über die sich die anderen, die „leben“ dürfen — leben auf Kosten der Aermsten — kaltblütig und ohne Gefahr vor Verantwortung und Strafe hinwegsetzen können und es auch täglich tun, wie die hilflosen „Gesetzgeber“ selbst zugeben müssen. Der Profitmacher steht über dem Gesetz!

Leben! Leben in Saus und Braus, in Ueberfluß, Behaglichkeit und Sorgenfreiheit. In vollen Zügen genießen inmitten von allergrößter Not und Elend, inmitten von endlosen Trümmerhaufen, in denen noch Millionen Menschen dahingevegetieren — das ist das Privilegium der heute dank Herrn Erhard und seinen materiellen und moralischen Stützen herrschenden Kreise. Das beanspruchen sie für sich, aber „leben lassen“, auch nur das bescheidenste Auskommen, für die anderen, das ein Dasein überhaupt noch lebenswert macht — darum bekümmern sie sich nicht. Wenn sie nur leben und gut leben, wenn nur ihr Tisch immer reichlich gedeckt ist, wenn nur sie geräumig und behaglich wohnen können, wenn nur ihnen die 99 Prozent des von den Millionen schaffender Menschen gelieferten „Spezialprodukts“ in die Geldschränke und Briefschaften abgeliefert wird — wie die Millionen Schaffender und Besitzloser mit dem restlichen ein Prozent auskommen, das ist nicht ihre Sache. „Leben lassen“? Das geht uns nichts an! So denken sie, und wenn bei der Wahl am kommenden Sonntag die Uebermacht und der Uebermut dieser Nutznießer einer erbarmungslosen Geldsackdiktatur nicht gebrochen wird, dann wird Heines so trefflicher, sarkastischer Ausspruch sich bewahrheiten:

„Wenn du aber gar nichts hast, geh“, und lasse dich begraben. Denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur die etwas haben!“ Argus

## Von 2,— sind 1,41 DM Steuer

In Stuttgarter Tabakwarengeschäften werden die Raucher durch ein Plakat mit folgender Aufschrift aufgeklärt: Wenn Sie für 2 DM Zigaretten kaufen, dann rauchen Sie für etwa 0,12 DM Materialsteuer, für 1,20 DM Tabaksteuer, für 0,09 DM Umsatzsteuer auf diese Tabaksteuer und nur für 0,59 DM Zigaretten.“

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortlich für den Inhalt: I. V. Anette Langendorf, Mannheim, S. 3, 10, Tel. 43294. - Vertrieb und Anzeigenabteilung: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S. 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6.

# Wen präsentiert die SPD der Mannheimer Arbeiterschaft?

## Das politische Porträt Carlo Schmid

„Seine Landsleute müssen eines Tages den Preis seiner Politik bezahlen“

Die sozialdemokratische Partei Mannheims hat zum Kandidaten für die Bundestagswahl Carlo Schmid aufgestellt, der erst 1945 die Politik und auch die Sozialdemokratische Partei „entdeckt“ hat, der aber gleich eine der ersten Geigen bei der SPD-Führung in Hannover gespielt hat. Zunächst eine Stimme des Auslands. Die Schweizer Zeitung „Journal de Geneve“ schreibt über ihn: „Professor Carlo Schmid aus Tübingen ist der Deus ex machina des Parlamentarischen Rates in Bonn. Dieser Sozialist, der immer Nationalist war und vor dem sich selbst seine Freunde wie die Pest hüten, hat aus persönlichem Ehrgeiz eine Politik gemacht, für die seine Landsleute eines Tages den Preis bezahlen müssen. Professor Schmid ist der Typ eines Chamäleons. Es gab keine Militärregierung, der er sich nicht angeboten hat. Er war pronazistisch und hat während des Krieges in Lille an der Seite von General Niehoff gearbeitet, der den Tod von zahlreichen bedeutenden französischen Patrioten auf dem Gewissen hat.“

Irrt sich die Schweizer Zeitung? Ist sie falsch über ihn unterrichtet? Oder hat ihr Voreingenommenheit den Blick getrübt? Was wir über ihn wissen, führt uns zum gleichen Urteil.

Seine rhetorische Leistung beim Ja-sagen im Parlamentarischen Rat in Bonn war Carlo Schmid der große Mann der SPD. Dort hat er oft genug Gelegenheit gegeben, die in der Schweizer Zeitung geschilderten Eigenschaften zu „bewundern“. Er war der Mann, der aus dem anfänglichen Nein der SPD in den entscheidenden Fragen dann das Ja machte. „Wandelbar wie ein Chamäleon“. In seinen vielen Wahlversammlungen hat er über diese Fähigkeiten sich ausgesprochen und keinen der Punkte erwähnt, auf die er — ausgenommen in Volksversammlungen — sonst stolz ist. Carlo Schmid verkörpert in Person die Schaukelpolitik der SPD, die am Ende immer rechts landet. Rufen wir uns beispielsweise ins Gedächtnis, was die SPD am ersten Tage nach der Veröffentlichung des Ruhrstatutes sagte: „Das Ruhrstatut übertrifft die schlimmsten Befürchtungen, obwohl die vorbereitende Stimmungs-

mache in der ganzen Welt schon einiges befürchten ließ... Die Sozialdemokratische Partei erklärt sich mit diesem Dokument nicht einverstanden.“ (SPD-Parteivorstand Hannover, 29. 12. 48)

Professor Carlo Schmid besorgte den Umfall. In der bürgerlichen Presse war damals zu seinem und der SPD-Fraktion gegebenes Ja folgendes zu lesen: „Es war ein guter Tag in Bonn. Eine rhetorische Meisterleistung war die Zustimmung Professor Carlo Schmid's, SPD, zum Ruhrstatut.“

### Bei ihm kommt am Ende immer das Gegenteil heraus

Nicht anders war seine Rolle bei dem Besatzungsstatut und vor allem beim Bonner Grundgesetz. Was Carlo Schmid zunächst über das Grundgesetz gesagt hat, war uns selber aus der Seele gesprochen. Aber, aber... Carlo Schmid's Haupteigenschaft scheint immer Doppelzüngigkeit zu sein. Lassen wir ihn selber zu den Grundfragen unseres staatlichen Lebens sprechen, wie er es am 30. Juli 1947 auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg getan hat: „Die wirkliche Verfassung, unter der wir leben, besteht aus zwei Artikeln:

1. Die Staatsgewalt in Deutschland geht nicht vom deutschen Volke sondern von den Besatzungsmächten aus. Sie sind dabei absolut und nur an Beschränkungen gebunden, die sie sich selber auferlegen wollen.
2. Die Besatzungsmächte können gewisse Befugnisse an deutsche Stellen und von ihnen selber geschaffene Zonenorgane übertragen, die ihrer Kontrolle unterstehen, und diese Kontrolle kann aufrechten, was je und je von den Länderregierungen und Zonenorganen gewoben worden ist.

Als über das Grundgesetz abgestimmt wurde, das ein Anhängsel des Besatzungsstatutes, nie eine Verfassung des deutschen Volkes ist, weil dieses gar nicht gefragt wurde und auch die Hohen Kommissare bestehen, die das letzte Entscheidungsrecht haben, hat unter seiner Führung die SPD-Fraktion im Parlamentarischen Rat zugestimmt.

Professor Carlo Schmid war Vorsitzender des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates und die von diesem vorgelegte Präambel, die nur die Kommunisten abgelehnt haben, lautete:

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in Europa dem Frieden und der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk (!) in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland/Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassunggebenden Gewalt (!) dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.“

Wahrhaftig, eine Meisterleistung, der die Spuren Carlo Schmid's anzumerken sind. Aus einem Auftrag der Besatzungsmächte

## Warum ich Carlo Schmid nicht wähle!

### Ein Leserbrief an das „Volksecho“

Ich kann ihm nicht glauben, daß er ein Feind der CDU und DVP ist. Ich habe nicht gehört, daß er Bedenken oder Einwände gemacht hat, als vor wenigen Tagen die Mannheimer SPD zusammen mit der DVP und CDU einen gemeinsamen Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl hatte. Er ist zwar ein großer Mann, doch wäre es sehr schön von ihm gewesen, wenn er sich geäußert hätte, was er davon denkt, daß die SPD — seine Partei — zusammen mit der DVP und CDU gegen die Abschaffung der Polizeiperde gestimmt hat, was der Stadt Mannheim einen einmaligen Erlös von 20 000 Mark und ebenso die Einsparung einer Ausgabe von jährlich 20 000 Mark eingebracht hätte. Es wäre sehr schön gewesen, wenn er sich dazu geäußert hätte, wie er dazu steht — daß die SPD-Stadträte abgelehnt hatten, weiß ich — daß eben dieses ersparte Geld dafür verwendet worden wäre, die Mieten der Bunkerbewohner, die doppelt und dreifach so hoch wie die normalen liegen, herabgesetzt hätten werden können. Carlo Schmid hat viel gesprochen, über den Punkt habe ich von ihm nichts gehört.

Ich habe Professor Carlo Schmid selber gehört. Er redet schon einiges über sozialen Wohnungsbau. Komisch, mußte ich denken, ist ihm selber nicht bekannt, daß die SPD zusammen mit DVP und CDU in Mannheim, trotzdem es die Kommunisten befragt hatten, nicht eine einzige Mark für den sozialen Wohnungsbau im ordentlichen oder außerordentlichen Haushaltssetz Mannheims eingestellt haben. Was soll ich denken, wenn der Professor große Pläne macht und weiß offenbar nicht einmal diese Tatsache von Mannheim!

In den zwei Punkten suchte ich vergeblich nach einer Stellungnahme von Professor

Carlo Schmid. Ich bin sonst mißtrauisch, was man über jemanden sagt, aber weil ich in den Punkten gesehen habe, es stimmt etwas nicht, bin ich geneigter, anzunehmen, daß verschiedenes andere zutrifft, was man über Professor Carlo Schmid erzählt. Der war ja für Besatzungsstatut und lange Besatzungszeit. Mehr als 60 Millionen werden dafür in Mannheim ausgegeben. In zwei Versammlungen habe ich Professor Carlo Schmid gehört, er hat dazu überhaupt nichts zu sagen. Was soll es dann, wenn über hohe Steuern gewettert wird? Die Besatzungskosten machen einen hohen Betrag von den Steuern aus.

Ich bin eine Arbeiterfrau und habe oft gehört, was tut eigentlich Carlo Schmid in der sozialdemokratischen Partei? Der ist ein Bürger und wird es immer bleiben. Ich glaube, die Kommunisten, die mir das sagen, die haben ganz recht, wenn ich an den Fragen, die ich angeschnitten habe, prüfe, ob es so ist. Kommunist bin ich noch nicht, aber ich halte es mal vorläufig mit dem Grundsatz, den ich bei der SPD kennen gelernt habe: Bevor ich nichts Besseres sehe, ist mir die Haltung der Kommunisten noch am meisten zuzugest. Die anderen mögen reden, was sie wollen, vom Osten, das ist mir gleich. Wenn die Kommunisten hier in unserem Land vorzuschlagen haben für die Bundestagswahl, die kenne ich genügend, um zu wissen, woran ich bin. Bei Carlo Schmid, dem berühmten Mann, weiß ich's immer noch nicht. — vielleicht noch nicht einmal die Sozialdemokraten — obwohl ich mir Mühe gegeben habe, es in Erfahrung zu bringen. Mir bleibt am 14. August nichts anderes übrig, als die Kommunisten zu wählen. Furcht vor der Besatzungsmacht haben diese gewiß nicht und das ist auch etwas! E. C. Mannheim-Neustheim

## Lastenausgleich? - Ein grober Wahlschwindel

Von Walter Fisch, stellvertretender Vorsitzender der KPD

Die Propaganda-Methoden der Bonner Ja-Sager-Parteien beginnen, bei den Herren Militärgouverneuren einige Bedenken hervorzurufen. Zwar haben sie den Parteiführern der Bonner Koalition erlaubt, radikale Töne gegen die Demontage und die hohen Besatzungskosten anzuschlagen, damit es ihnen besser gelinge, die Wähler einzufangen. Aber dieses demagogische Wagnis wirkt wie ein Bumerang. Die deutsche Bevölkerung nimmt die plötzliche Antibesatzungs-Agitation der sonst so besatzungstreuen Parteien teilweise ernst und in Amerika, England und Frankreich beginnt man sich darum zu sorgen, daß das deutsche Volk sich wirklich gegen die Kolonialisierungs-Politik zur Wehr setzen würde.

Darum hielten es die Militärgouverneure für angebracht, entgegen ihrer bisherigen Politik, urplötzlich, acht Tage vor der Wahl, die Genehmigung zu einem „Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände“ auszusprechen. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse überschlägt sich vor Freudenkudengebungen. „Ein Lichtblick für Millionen“ und ähnliche marktschreierische Überschriften sind zu lesen. Die Massen sollen abgelenkt werden von den Tatsachen, deren Zeuge sie seit Monaten sind. Sie sollen Hoffnung schöpfen auf eine baldige Lösung der dringenden sozialen Nöte, und sie sollen vor allem am 14. August den Bonner Koalitionsparteien ihre Stimmen geben.

Was bleibt Wahres an dem ganzen Schwindel über den Lastenausgleich?

Bei der Währungsreform wurden die Massen der Kriegsbeschädigten, der Flüchtlinge und Rentner verdrängt auf die mit der Geldneuordnung verbundene große soziale Hilfeleistung für alle, die seit Jahren vergeblich auf Hilfe und Unterstützung gewartet haben. Aber die versprochene Verbindung von Lastenausgleich und Währungsreform traf nicht ein. Der dann für spätestens 31. Dezember 1948 in Aussicht gestellte Lastenausgleich wurde wiederum nicht verwirklicht. Dann kamen neue Termine: Februar, März, Juni. Und alle Versprechungen blieben Papier.

Der seit Monaten angekündigte erste Schritt für den Lastenausgleich sollte ausdrücklich als „Soforthilfe“ bezeichnet werden, woraus geschlossen werden sollte, daß die eigentliche große Hilfe später folge. Schon im Titel des jetzt verkündeten Gesetzes wird die Preisgabe der alten Projekte dokumentiert. Der Begriff Soforthilfe ist gestrichen. Und was bleibt an wirklichen Leistungen von all dem großen Gerede übrig? 70 DM für den Anspruchsberechtig-

ten, 30 DM für seine Ehefrau und 20 DM für ein unterhaltungsberechtigtes Kind. Wer aber ist anspruchsberechtigt?

Nur Männer, die das 65. Frauen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, die dauererwerbsunfähig sind und nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Mitteln in der Lage sind, ihren Lebensbedarf zu beschaffen. Und wird dies wirklich eine Verbesserung ihrer Lage bedeuten? Davon kann keine Rede sein, den demjenigen, der die „Hilfe“ erhält, wird dabei sein gesamtes verwertbares Vermögen, jeder Betrag, den er für eine Pension oder Rente und dergleichen erhält, angerechnet. Nur wer weniger als 70 DM im Monat verdient oder an Rente erhält, wird somit etwas mehr erhalten und dabei wird sich bald herausstellen, wie schnell ihm dieses Mehr von der bisherigen Fürsorgeunterstützung wieder abgezogen wird.

Alle übrigen Hilfeleistungen sind auf dem Papier wohl aufgezählt. So die Haushaltshilfe, die Ausbildungshilfe, die Aufbauhilfe, die Gemeinschaftshilfe. Aber es gibt hierfür keine bindenden und terminmäßigen Richtlinien, sondern alles bleibt leere

Zukunftsmusik und wird in der Praxis auf den St. Nimmerleinstag verschoben.

Wie wir bisher bei allen Gesetzentwürfen des Wirtschaftsrats, die eine gewisse Verbesserung sozialer Leistungen voraussehen, beim Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz, Mutterschutzgesetz usw., den Einspruch der Finanzminister und der Militärregierungen erlebten, weil infolge der hohen Besatzungskosten, die Länder nicht in der Lage seien, höhere Ausgaben zu sozialen Zwecken zu verantworten, so wird es auch mit diesem Bukett herrlicher Versprechungen ergehen. Aber dies, Ihr Fliegergeschädigten, Flüchtlinge und Rentner, wird erst nach der Wahl auf der Tagesordnung stehen.

Möge keiner sich täuschen lassen; möge jeder klaren Blick für die bittersten Tatsachen bewahren; möge jeder erkennen, daß ein wirklich gerechter Lastenausgleich erst dann kommen wird, wenn Deutschland einen Friedensvertrag erhält, die Besatzungstruppen abziehen und somit unser Volk frei über die Erträge seiner Wirtschaft und über die Verwendung seiner Steuergelder verfügen kann.

## Pressestimmen

### Kanton erwartet die Kommunisten

Es gibt niemanden, der sich über das Eindringen der Kommunisten nach Kanton weniger Sorgen macht, als die Einwohner von Kanton. Die reichen Chinesen sind nach Hong-Kong geflohen. Kleinere Kaufleute betrachten das kommende Regime lediglich als etwas, was ihrem uralten Spiel der Umgehung von Kontrollen einen neuen Reiz verleihen wird. Die einfachsten Einwohner fühlen alle, daß keine Änderung im schlechten Sinne möglich ist. Nur die nationalistiche Regierung und deren Beamte machen sich Sorgen. „The Observer“

### Reuter in Nöten

„Wir befürchten, daß der durch die gemeinsamen Bemühungen aller Beteiligten errungene Erfolg im Wahlkampf um Berlin, durch die augenblickliche Finanzpolitik ernstlich kompromittiert worden ist. Die Regierung der Stadt wünscht, daß die Kommandanten dies zur Kenntnis der alliierten Behörden, die es angeht, bringen, und daß sie unsere Bemühungen um Eingliederung Berlins in den Marshall-Plan befürworten.“

„War wir brauchen, sind Kredite und Aufträge, so daß mehr Menschen beschäftigt werden können und eine gewisse Zusammenarbeit mit dem Westen hergestellt werden kann. Falls dies nicht getan wird, bedeutet es,

daß man Berlin aufgeben kann und falls Berlin aufgegeben wird, ist alles aufgegeben.“ Wiedergabe einer Pressekonferenz Reuters in „The New York Times“, 31. 7. 49

### Berlin könnte durch Bankrott verloren gehen

Wie die Dinge jetzt stehen, wird in drei Monaten die von außerhalb kommende Hilfe für Berlin beendet sein. Zur selben Zeit wachsen die Verpflichtungen der Stadt ständig, da sie sich auf die Möglichkeit einer neuen Winterblockade vorbereiten muß und für die steigende Zahl der Arbeitslosen sorgen muß, die auf Grund des Fehlens von Aufträgen für die Berliner Industrie entstanden sind. Berlin hat praktisch keine Gelder aus Privatinvestitionen erhalten, da die meisten der Investierenden die eingeschlossene Stadt als ein großes Risiko betrachten. Das Zurückziehen finanzieller Unterstützung von seiten der Alliierten und die im großen Rahmen erfolgende Umsiedlung alliierter Personals von Berlin nach Westdeutschland hat bei vielen Berlinern dazu geführt, daß sie der Behauptung der Kommunisten Glauben schenken, daß der modus vivendi tatsächlich die Aufgabe Berlins bedeute. Gegenteilige offizielle Erklärungen haben wenig erreicht, um diesem Eindruck entgegen zu wirken, da sie bis jetzt von keiner bemerkenswerten Aktion begleitet waren. „The Observer“

wurde wie bei Taschenspieler unter der Hand das berühmte „hat das deutsche Volk... kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz beschlossen.“

### Die Deutschen sind ihm als Kanonenfutter für die anderen nicht zu schade

Weil er bei all dem nicht an ein einiges und souveränes Deutschland dachte, war er willens, um so lieber an ein Europa zu glauben, das den Atlantikpakt als Rückgrat hat. Der die Besatzungsmächte möglichst lange in Deutschland haben will, der auf einen Friedensvertrag verzichtet, dieser selbe Carlo Schmid erklärte, die Deutschen müßten für eine kommende westeuropäische Armee ihren Beitrag leisten. Einen neuen Krieg fürchtet Carlo Schmid aber nicht. Unter den Nazis hat er den zweiten Weltkrieg gut überstanden und soll er, nachdem er ein so großer Mann geworden ist, so vieles für die westlichen Besatzungsmächte getan hat, einen dritten Weltkrieg weniger gut überstehen? Hat allerdings Carlo Schmid dabei an die vielen Millionen gedacht, die dabei Opfer werden? Wir glauben es nicht!

### Ist Carlo Schmidt ein Sozialist?

Carlo Schmid wird von der SPD-Führung der Mannheimer Arbeiterbevölkerung als Kandidat präsentiert. Ausgerechnet auf ihn ist sie gekommen. Will sie der Mannheimer Arbeiterschaft will machen, daß dieser Politiker ein Sozialist ist? Will sie glauben machen, daß das ein Mann eindeutiger politischer Anschauungen ist? Was Carlo Schmid bisher zeigte, beweist das Gegenteil!

## Randbemerkung

### Die Echternacher Arbeitslosen-Prozession

Seitdem nach der Währungsreform und Professor Erhard's freier Wirtschaft die Erwerbslosigkeit unaufhaltsam im Steigen ist, versuchen die dafür Verantwortlichen diese Tatsache zu bagatelisieren oder wenn das nicht mehr gut möglich ist, durch Jonglieren mit statistischem Material „Wendepunkte“ zum Besseren festzustellen. Alle Augenblicke sollte der Tiefpunkt überwunden sein oder es wurden vorübergehende saisonmäßige Einflüsse festgestellt. Neuerdings hat man nun den Dreh gefunden, daß die Zunahme der Arbeitslosen in der zweiten Hälfte jedes Monats rückläufig ist. Diese Tatsache gibt natürlich eine willkommene Gelegenheit, von einem „verminderten Zustrom“ von Arbeitslosen zu schreiben. Wenn z. B. in der 1. Hälfte eines Monats die Arbeitslosenziffer um rund 30 000 zunimmt, und in der 2. Monatshälfte um 10 000 abnimmt, so wird dabei nicht die veroleibende Zunahme von 20 000 im Monat herausgestellt, sondern man berichtet stolz von einer „Wiedereinstellung von 10 000 bisher stellunglosen Arbeitskräften“. Das ist nun allerdings das berühmte Tempo der Echternacher Prozession: drei Schritte voran und dann wieder einen Schritt zurück! Daß Herr Professor Erhard über diese Methode gut Bescheid weiß, ist bei seiner Parteizugehörigkeit nicht verwunderlich. Der nicht in „Rössel-Gedankensprüngen“ rechnende „Normaldenker“ hält sich aber an die Tatsache, daß im ganzen gerechnet, in dem betreffenden Monat eben weitere 20 000 Arbeitslose hinzugekommen sind. Dieser angeblich „verminderte“ Zustrom erscheint dann noch besonders bedenklich, wenn im gleichen Monat die Zahl der Unterstützungsempfänger die Zahl der neu hinzugekommenen Arbeitslosen um beinahe das Dreifache übertrifft. Und die Unterstützungsempfänger, deren Zahl die Million nun bald erreicht haben wird, dürfen ja wohl bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen als Dauer-Erwerbslose angerechnet werden. Sie scheiden vollkommen aus bei der „Echternacher Prozession“.

### Stärkungsmittel nur für die Starken

Daß Wirtschaftsminister Erhard andere Ursachen für die hohe Arbeitslosenziffer vorzuschlagen sucht als seine verderbliche Wirtschaftspolitik, ist am Vorabend der Wahlen erklärlich. Jeder Angeklagte operiert ja mit den Unbekannten, die eigentlich die Täter sein sollen. So müssen denn die Flüchtlinge und die „aus unbekanntem Quellen auf den Arbeitsmarkt geschwemmten“ Millionen herhalten, um zu beweisen, daß Wirtschaftsminister Erhard sogar für Millionen Arbeit beschafft hat. Und für die Beseitigung des „Arbeitslosenheeres“, wie er sich ausdrücken beliebt, weiß Erhard auch ein sicheres Mittel, von dem er allerdings bereits seit Monaten ohne jeden Erfolg schwärmt: die „Belebung der Wirtschaft“ durch Steuerreform und Kredite. Das ist dann allerdings ein hoffnungsloser Fall, wenn der Wirtschaftsminister noch nicht eingesehen hat, daß durch Kredite und Steuerermäßigung für die gut verdienenden Schichten — denn der Arbeiter und kleine Angestellte profitiert nichts bei Steuergeschenken an die Wirtschaft — die Wurzel des Übels in keiner Weise berührt wird. Denn eine Kampferspritze für die Wirtschaft durch Kredite und Steuerermäßigung hebt die Kaufkraft der vermögenden und im Vergleich zu den Wucherpreisen viel zu wenig verdienenden breiten Masse nicht um ein Jota. Für jede echte Belebung der Wirtschaft — und das sollte ein Wirtschaftsminister eigentlich wissen — ist aber eine Erhöhung der viel zu geringen Kaufkraft der breiten Massen des werktätigen Volkes die unabdingbare Voraussetzung!

### Es lebe der Westen, wenn auch der Osten zugrunde geht!

Auf einer Pressekonferenz hat der Vorsitzende der CDU, Dr. Adenauer, sich gegen eine Aufnahme der Handelsbeziehungen mit der Sowjetzone ausgesprochen. Nicht die wirtschaftliche Seite sei das wichtigste, sondern „daß 20 Millionen Menschen in der Ostzone den Glauben daran erhalten, daß sie wieder einmal frei werden.“ Herr Adenauer scheint also behaupten zu wollen, daß die amerikanische, englische und französische Besetzung im Westen Deutschlands „Freiheit“ bedeute. Wenn man an alle die Eingriffe der Militärgouverneure, das Diktat des Grundgesetzes, das Schicksal der Soforthilfe und so vieles andere denkt, so muß man bei Herrn Dr. Adenauer einen merkwürdigen Freiheitsbegriff voraussetzen. Während alle Wirtschaftsexperten dringend eine Belebung des Interzonenhandels fordern, lehnt Dr. Adenauer dies ab, weil er befürchtet, ein Handel mit der Sowjetzone könne „das kommunistische Regime stärken“. Wenn nun aber Dr. Adenauer hofft, daß durch Unterbindung des natürlichen Austausches zwischen Ost- und Westdeutschland das kommunistische Regime geschwächt werden könne, so sollte er eigentlich Politiker genug sein, um das Irrsinnige dieser Einbildung zu erkennen. Wenn er als „christlicher“ Politiker aber eine Verleumdung im Osten lieber sähe, so wird er dafür bestimmt andere Gründe haben als die von ihm angegebenen. In einem vereinten Deutschland hätte die Partei Dr. Adenauers nicht mehr das Heft in der Hand! Argus



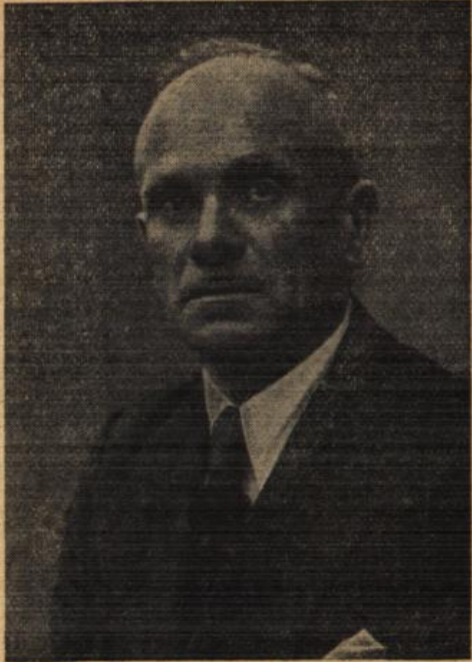
### Marionetten

„Solch Gaukelspiel betrüge nicht die Welt“ (Schiller)

Die so tief bedeutsame und ernste Entscheidung der Werkstätten zur westdeutschen Bundestagswahl hat auch ihre erheitlichen Seiten. Im steigenden Wahlfieber, gekennzeichnet durch Agitationsreisen politischer Doktoren und Professoren aller Schattierungen von CDU bis SPD, wobei Herr Dr. Schumacher im Wahlkonzert eine erste Geige spielt, gibt es manchmal schrille Mißtöne. Es hagelt massive Beleidigungen, die westdeutschen Politiker haben den parlamentarischen Frack ausgezogen und boxen sich in Hemdsärmeln, geben sich dabei, um mit Heine zu sprechen „manchen Tritt in den Podex, wie es gebietet der Ehre Codex“. Warum? Es geht, wie Max Reimann so treffend in der Kundgebung im Rosengarten sagte, um die „Pöstchen und Positionen.“

Es ist für uns nicht wichtig, wenn Dr. Schumacher den Kollegen von der anderen Fakultät, Adenauer einen Lügenauer nennt. Wir nehmen das mit Vergnügen zur Kenntnis. Und wenn dann dieser Adenauer den mit dem Bonner Spitznamen „Opernsänger“ behafteter Carlo Schmid vorwirft, er habe mit General Robertson und Mr. Steele Besprechungen hinter verschlossenen Türen über die Stärke des sogenannten Bundesstaates gehabt und den Opernsänger, der dies in Abrede stellt, auffordert, ihn zu verklagen (welche Behauptung Adenauers sicherlich zutrifft) so quittieren wir auch dies mit einem Lächeln. Sie haben nämlich alle durch die Bank, die gesamte Prominenz des Bonner Parlamentarischen Rates, Herr Adenauer wie auch Carlo Schmid, Fühlungnahme mit den Cocktailpartnern von den Besatzungsmächten gehabt und haben sich nichts einander vorzuwerfen. Sie haben ja gesagt, kopfnickend wie die Marionetten im Puppentheater, von den Londoner Empfehlungen bis zu den verheerenden Konkurrenzdemontagen, die der englische Parteifreund Dr. Schumachers, Mr. Bevin, als fair und gerecht bezeichnete. Wenn sie sich nun gegenseitig hysterisch anschreien, so ist dies lediglich Scheinkampf der Verbündeten, die jetzt, während der Wahlkampagne getrennt marschieren um nach dem Feste vereint wieder alles brav zu schlucken, was die westliche Besatzungsmächte befahlen, als gehorsame Marionetten, deren Drähte hinter den malerischen Kulissen der Bonner Parlamentarischen Bühne von den Besatzungsmächten gezogen werden, ein unwürdiges Gaukelspiel also, um die Massen zu täuschen.

Die hinter uns liegende Etatberatung im Mannheimer Stadtrat, wo im trauten Verein mit den bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokraten alle kommunistischen Anträge für den sozialen Wohnungsbau und Lernmittelfreiheit der Volksschulen glatt niederstimmten und vor allem die Oberbürgermeisterwahl, wo die gleiche Koalition Arm in Arm gegen den Volkskandidaten Erwin Eckert in die Schranken trat, beleuchtete sehr drastisch, was von den gegenseitigen Anrempelungen der Bonner Prominenz zu halten ist. Es ist Scheinkampf, Komödie, um die Massen zu ködern, wenn die Wahlen vorüber sind, werden sie händelnd wieder zusammen sitzen und gerade das tun, von dem sie jetzt in der Kampagne so deutlich abrücken und es wird unter diesen Politikanten kein Luther ersehen, der sich mit einem entschlossenen „Nein“ der langsamen Erdrosselung Deutschlands entgegenstemmt.



Franz Böning, Stadtrat  
Kandidat zum Bundestag.  
Wahlkreis Heidelberg, Stadt und Land.

### Bezahlte Wahlpropaganda gestattet groß zu sein

DVP klinkert nur so mit dem Geld — CDU steht ihr nicht nach

Die DVP ist als Partei nicht groß, aber das muß man ihr lassen: sie verfügt über Geld, sehr viel Geld. Als Unternehmerrpartei versuchte sie bisher, der CDU den Rang abzulaufen. Wie hoch ihre Quote von den Unternehmern ist, die diese für die bürgerlichen Parteien zur Verfügung stellen, wissen wir nicht. Klein kann sie nicht sein, denn für die Wahltagung des DVP-Kandidaten Margulies in Mannheim ist ein Heidengeld ausgeworfen worden. Diese ist bezahlte Wahltagung. Die DVP hat keine Parteigänger, denen das Handwerk des Klebens und des Flugblattverteils liegen würde. Trotzdem ist der Aufwand der Partei äußerst groß. Man merkt, wie sie ordentlich mit dem Geld klinkert. Es lohnt sich, Preisfechter der Besitzenden zu sein, etwas „volkstümlich“ verschleiert, sich für deren Ziele einzusetzen. Privatwirtschaft, Privatinitiative, privates Bauen und natürlich Freigabe der Mietpreise sind die gepriesenen Artikel, an denen wir gesunden sollen. Vor einer Erhöhung der Löhne wird gewarnt, sie könnte das Wirtschafts- und Preisgefüge erschüttern. Im Prinzip landet die DVP natürlich auch bei der Erhard'schen Wirtschaftspolitik, die sie gut hieß, für die sie kämpfte und die sie weiter möchte. Für einen wirklichen Lastenausgleich ist in dieser Politik kein Raum, darüber wird hinweggeredet und die Steuerreform stellt man sich so vor, daß sie



Es geht doch nichts über Landluft — so unverdorben!

### Der maskierte Wahlkampf!

Auch bei der „AZ“ stinkt Geld nicht!

Das sozialdemokratische Wochenblatt „Volkswille“ hat Ende Juli sein Erscheinen eingestellt mit der Empfehlung an seine Leser, der ab ersten August erscheinenden Tageszeitung „A.Z.“ als Nachfolgerin die gleiche Treue entgegen zu bringen. Brennendrote Plakate an Anschlagtafeln und Litfaßsäulen mußten den Eindruck erwecken, daß die „A.Z.“ ein Organ der Sozialdemokratischen Partei sei. Obwohl ein Herausgeber nicht angegeben ist, spricht die Tatsache, daß die mündliche Werbung durch sozialdemokratische und Gewerkschaftsfunktionäre erfolgte, dafür, daß man es mit einem sozialdemokratischen Organ zu tun hat. Der Gesamthalt der „A.Z.“ kann als besonderes Merkmal eines sozialdemokratischen Presseerzeugnisses nicht bewertet werden, denn in der Hetze gegen die Kommunistische Partei will ja die ganze Meute sich gegenseitig den Rang streitig machen. Aber die Leitartikel der „A.Z.“ sind typisch sozialdemokratische Ergüsse, die sich trotz des permanenten Hinweises, daß man von der KPD wegen ihrer Bedeutungslosigkeit nicht mehr zu sprechen braucht, fast ausschließlich mit ihr beschäftigen, mögen die Überschriften lauten wie sie wollen.

Kurt Krausbeck tut dies auch in seinem Leitartikel vom Freitag, den 5. August, der sich mit dem Wahlfonds der Unternehmer zugunsten der bürgerlichen Parteien befaßt. Man kann sich dabei des Gedankens nicht erwehren, daß der Artikel bedauert, daß die SPD, deren Führung den Lorbeer im Kampf gegen die Kommunistische Partei für sich allein in Anspruch nimmt, bei diesem „Notopfer gegen den Bolschewismus“ ausgeschlossen ist. Es sei den Arbeiterlesern überlassen, eine andere Auslegung dafür zu finden, wenn sie lesen:

„Wenn aber das Unternehmertum als Gesamtheit ausdrücklich für bestimmte Parteien wirbt, dann begibt es sich auf Bahnen, die es bis 1933 schon einmal zum schweren Unheil des deutschen Volkes gegangen war. Darüber hinaus aber erklärt es den Krieg an eine der drei demokratischen Parteien Deutschlands. Von der KPD, die keine deutsche Partei ist, sprechen wir in diesem Zusammenhang nicht.“

Wie gesagt: Wir enthalten uns eines Kommentars zu dieser eindeutigen Anklage gegen die CDU/CSU- und DVP-Unternehmenschaft.

Was es mit diesem Geschrei auf sich hat, dafür wurde ja zum X-tenmal der Beweis erbracht bei der Oberbürgermeisterwahl in Mannheim: haben sich die SPD-Anhänger nicht schon gefragt, ob die Wahlpropagandakosten der CDU und DVP für die Helmerich-Wahl nicht auch aus diesem Unternehmerrfonds finanziert wurden?

Unsere Vermutung, daß die sozialdemokratische „A.Z.“, bzw. der Leitartikel Krausbeck für die „Almosen von der Reichen Tisch sehr dankbar wäre, wird bestärkt durch die empörende Tatsache, daß bereits in den ersten Nummern dieser Zeitung große Inserate erschienen.

mit einer Generalamnestie für die Hortungsgewinnler und Steuerhinterzieher beginnt und in Zukunft den Reichen von zu Hause aus das gegeben wird, was sie wünschen, damit sie nicht mehr zur „Steuernehrllichkeit“ gezwungen werden, wie es so schön ausgedrückt wird. Man sieht, daß es durchaus einen Bevölkerungskreis gibt, der vollkommen mit Recht die DVP und ihren Kandidaten Margulies in Mannheim-Stadt und in Mannheim-Land den ehemaligen Wehrwirtschaftsführer Hittlers und Großindustriellen Freudenberg wählt.

### „Volksmann“ Braun wanderte aufs Land

Der Mann der CDU in Mannheim ist der bei der vorletzten Oberbürgermeisterwahl durchgefallene „Volkskandidat“ Braun. Er will in Mannheim-Stadt nicht wieder durchfallen und versucht sein Glück in Mannheim-Land. Die Kandidatur der CDU in Mannheim ist deshalb recht farblos. Der Gewerkschaftskassier Zwingemann ist aufgestellt. In Mannheim war er bis dahin politisch völlig unbekannt. Von seiner politischen Existenz haben selbst die am aktivsten politisch Tätigen erst durch die Kandidatur zum Bundestag erfahren. Gewerkschaftsangehöriger erschien der CDU in der Industriestadt Mannheim ein günstiges Prädikat zu sein, um äußerlich genügend Abstand von Erhard und dessen Politik zu gewinnen. Zwingemann ist nur ein Stimmensammler, die dann auf der Landesliste eben den Professor Erhard und Genossen zugeführt werden. Die Rechnung ist gewiß schlau. Ob man aber die sichere Hoffnung hat, ob sie aufgeht, möchten wir bezweifeln.

Für uns aber ist es eine Genugtuung, daß bereits bei der Oberbürgermeisterwahl in Mannheim große Teile der Bevölkerung erkannt haben, daß die Koalitionsparteien trotz vorgetäuschter gegenseitiger Feindschaft sich nicht nur einig sind im gemeinsamen Kampf gegen die Kommunistische Partei, sondern auch gegen die Gesamtinteressen der arbeitenden Bevölkerung. Sie sprechen zwei Sprachen, eine in ihren Versammlungen und eine andere, wenn sie durch ihre eigene Gerissenheit und die Gedankenlosigkeit ihrer Wähler das Ziel ihrer Wünsche, das Parlamentsmandat erhalten haben.

Sie haben zwei Gesichter, von denen das eine eine heuchlerische Maske ist, mit deren Hilfe sie sich aber den parlamentarischen Einfluß erlisten, den sie bei Zurschaustellung ihrer natürlichen Visage nicht erhalten würden. Was die scheinbar feindlichen Brüder heute alles versprechen, hätten sie schon lange tun können, denn sie saßen ja ohne Auftrag der Schiffsbesatzung jahrelang an dem Steuerrad, das den Kurs auf das Riff zuhielt, auf dem das Schiff „Deutschland“ heute aufsitzt.

Schlagt ihnen auf die Finger, wenn sie sich mittels des Stimmzettels erneut an das Steuerruder drängen! Schickt sie in die Kombüse und wählt die zuverlässigen, unbestechlichen Kandidaten der KPD!

Willi Grimm für den Stadtkreis Mannheim und Fritz Salm für den Landkreis Mannheim. Pitt

### Mer mache's wie vor vierzehn Daag ...

Vier Jahr lang hot mer uns „regiert“  
Un zynisch — unverfrore  
De Karre in de Dreck neigleibt  
Dorch Dokter, Professore.  
Die hawe so lang uns geplogt,  
Sich selbscht derzu ermächtigt;  
Mer hot des deitsche Volk nit g'frot,  
Ob so was is berechtigt.  
Die Zeit is reif! — so denkt mer jetz — —  
„Des Volk heert uff Befehle!“  
„Jetz hammer's Bonner Grundgesetz“;  
„Jetz losse mer sie wähle!“  
Die Redner rücke aus zum Schreit  
Un ziehe scharf vom Leder:  
„Wählt uns! Mir sin die Beschte, Leit!“  
Dann gib't's aach anner Wedder!“  
Sie hawe michtscht uff des Pull  
Un scheeme uff den Dalles;  
Am Schlechte sind die Annere schuld,  
Und schlecht! — — is bei uns Alles.  
„Die jeder schreit: „Hätt' mei' Bardei  
Die Gsetze seither beschlosse,  
Dann wir die Not schun längst vorbei,  
Do kennt Ihr een druff losse!“  
Die ältste Walze kumme druff,  
— — — Des is jo aach kee Wunner!  
Sie lewe doch vun Lüg' un Bluff  
Un vun Theaterdummer!  
Jed' Kind wees: Der verbrennte Brei,  
Den mir jetzt misse fresse,  
Der is vun dere Kumpanei  
Gekocht un zugemesse.  
Wer hot, der hot, un krigat noch mehr!  
Die Arme werre ärmer!  
Wer meent, des käm vun ungefahr?  
Fanatiker un Schwärmer.  
Des Volk hot jetz Gelegenheit,  
Sel' Männer selbscht zu wähle,  
Un is es bloß ee bißl' g'scheit  
Un löst sich nix verzeile,  
Dann wählt's am vierzehnte August  
Nit wider Kandidate,  
Die seither Politik gepfuscht  
Zum kleine Mann sel'm Schade.  
Wann alle, die vor vierzeh' Daag  
De Erwin Eckert wähle,  
Un die, wo voller Zweifelspiel  
Am Wahldaag aach noch fehte  
Sich saage: „Heil' geht's um die Worscht!  
Mir wähle kommunistisch“  
Vier Jahr lang hawe mir erforscht:  
„Die Männer, die sin richtig!“  
Dann hot's gebatscht! Sel' eigeni Kraft  
Gilt's endlich zu schenke!  
Am schlimmschte is die Eigenschaft,  
Zu jammere un zu fenne.  
Drum merk sich jeder korzer Hand,  
Dann kann er nix verfehle:  
„Fritz Salm, der is for Mannheim-  
Land  
[Land  
Uff Lische vier zu wähle!  
In Mannheim-Stadt kriggt Willy  
[Grimm  
--- Des schlecht doch außer Zweifel ---  
Vun jedem Schaffende die Schtim!  
Die annere --- zum Deiffel!  
Dixl

### Irreführung!

Der „Mannheimer Morgen“ und die „Rhein-Neckarzeitung“ bringen große Berichte: „Carlo Schmid vor den Mannheimer Betriebsräten“. Damit wird die Öffentlichkeit irreführt. Die Gewerkschaftsorganisationen wußten nichts von einer Zusammenkunft der Betriebsräte. Die im „Weidestraße“ zusammen waren, stellten etwa zwei Prozent der in Mannheim vorhandenen Betriebsräte dar und gehörten alle der Sozialdemokratischen Partei an.

### Auf der Landesliste der KPD zur Bundestagswahl



Anette Langendorf, M. d. L.  
Mitglied des Landesvorstands.



Hermann Nuding, M. d. L.  
Sekretär des Parteivorstandes der KPD.



Robert Leibbrand, M. d. L.  
Landesvorsitzender der KPD Würtb.-Baden.

Die Kraft und Fülle des Virginia-Tabaks, die Würze auserlesener Orient-Blätter und jahrzehntelange Erfahrungen in der Aufbereitung wertvollster Spitzentabake gewinnen der Collie-Cigarette täglich neue Freunde.

Vom ersten bis zum letzten Zug ist Collie gut!

Collie-Cigaretten verdanken ihre Kraft und Würze der glücklichen Vereinigung zweier Großprovenienzen • Virginia und Orient.



„Ich bin kein Kommunist und trotzdem werde ich sie wählen!“ Ein Brief, der ausspricht, was Millionen Deutsche heute denken

Die bürgerliche Zeitung „Schwäbischer Tagblatt“ veröffentlichte am 25. Juni 1949 den Leserbrief eines parteilosen Deutschen. Darin hieß es: „Wenn ich mir darüber klar werden will, welcher Partei ich bei den kommenden Bundestagswahlen meine Stimme geben soll, so gehe ich von der Überlegung aus, daß die in den Länderregierungen tätigen Parteimänner vollkommen versagt haben, was sie allerdings nicht davon abhalten wird, auch jetzt wieder hochtönende Versprechungen zu machen. Mir ist weniger maßgebend, daß der Lastenausgleich bis jetzt noch nicht verwirklicht worden ist, als die Tatsache, daß bei

den Besitzenden und verschont Gebliebenen immer und überall der gute Wille fehlt, und daß die von diesen Kreisen mit großer Lautstärke verkündeten christlichen und sozialen Grundsätze von ihnen selbst dauernd mit Füßen getreten werden. Welche Partei also soll ich wählen? Ich bin kein Kommunist, weder meiner Herkunft, meiner Erziehung, noch meiner Überzeugung nach. Und trotzdem werde ich die Kommunisten wählen! Und ich wünsche, diese Partei möge wenigstens 20-25 Prozent der Wählerstimmen erhalten, weil dies das einzige

Mittel ist, die Besitzenden, die Kriegswährungs- und Hortungsgewinnler und auch die Regierungen und Parteien aufzurütteln, ihnen Angst und Schrecken einzujagen und sie an ihre christliche und soziale Pflicht zu erinnern. Ich bin fest davon überzeugt, daß der Lastenausgleich dann schnell verwirklicht, daß den Kriegsgeschädigten und Vertriebenen geholfen und daß der Wiederaufbau der zerstörten Städte rasch vorangetrieben wird. Denn sonst wäre es nämlich besser und wünschenswerter, daß die Besitzenden eines schönen Tages auch so wenig ihr eigen nennen, wie diejenigen, welche sie zu Parias gemacht haben.“

Wie vielen Ausgebombten geht es so?

Irgendwohin verschlagen und kein Zurück nach Mannheim

„Seit sechs Jahren haben wir keine Wohnung und nehmen mal hier mal dort unsere Zuflucht“, erklärt eine in den siebziger Jahren stehende, weißhaarige Frau, der man ansieht, daß sie einmal bessere Zeiten erlebt hat. 1943 wurde sie und ihr Mann in Mannheim ausgebombt, bekam von einer Verwandten eine Wohnung zur Verfügung gestellt, in der sie genau 12 Tage verbrachte, als ein neuer Bombenregen diesem kurzen Glück ein grausames Ende bereite. Von nun ab beginnt der Leidensweg eines alten Ehepaares, der sicherlich nicht einmalig ist und an dessen Beispiel sich tausende Schicksale widerspiegeln. Evakuiert nach dem Schwarzwald, eng zusammengepfercht in einem Mansardenzimmer, Küchenbenützung

mit noch weiteren acht Personen empfinden sie selbst diese Verhältnisse noch als glücklich gegenüber dem, was sie nach dem Zusammenbruch dann erleben müssen. Der angeordnete Interzonen-austausch bringt sie in die amerikanische Zone zurück und ein Evakuierungszug, der fast ausschließlich aus Mannheimer Ausgebombten besteht, läuft die Stadt Weinheim an der Bergstraße an. Diese jedoch erklärt sich außer Stande, all diese vom Krieg und seinen unmittelbaren Folgen gezeichneten Menschen aufnehmen zu können. Es geht zurück nach Mannheim, in jene Stadt, bei deren Anblick die Schreckensbilder der furchterlichen Bombennächte wieder vor ihren Augen entstehen. Und nun genießen sie monatelang das menschenunwür-

dige Dasein im Bunker, müssen Abend für Abend als alte gebrechliche Leute in der oberste der dreistöckigen Betten klettern, erleben wie nachts alte Menschen, für die das Ab- und Hinaufsteigen in die höher gelegenen Betten eine nicht mehr zu leistende körperliche Anstrengung verlangt, ihre Bedürfnisse in Konservendosen erledigen, die oft genug verschüttet werden und sich auf die tiefer gelegenen Personen ergießen. Ein Stellenangebot in der Zeitung ist die Rettung aus diesem Elend. In einem Hotel einer Gemeinde des Landkreises Heidelberg finden sie eine neue Unterkunft. Für einen durchschnittlichen Stundenlohn von 35 Pfennig ohne jegliche Beköstigung übernimmt nun die alte Frau die Aufgabe, die Hotelzimmer zu reinigen. Monate nach der Währungsreform muß sie einsehen, daß sie mit diesem kärglichen Hungerlohn ihr Dasein nicht mehr fristen kann. Sie fordert eine bessere Bezahlung und wird im Rahmen der Auseinandersetzung mit den Hotelbesitzern gekündigt. Da ihr Arbeitsverhältnis erloschen ist, entfällt auch die Aufenthaltsgenehmigung der dortigen Gemeinde und ihr Zuzugsrecht in Mannheim nützt ihnen nichts, da die Stadt ihnen keinen Wohnraum zur Verfügung stellen kann. Alle Behörden, die aufgesucht werden, wobei das aufzubringende Einkommen einen großen Teil ihres geringen Einkommens verschlingt, erklären sich außer Lage, ihnen helfen zu können. Es bleibt nur noch der Weg zurück in die Bunker von Mannheim und damit die Aussicht, den Lebensabend in einem grausamen Elend zu verbringen.

Wo blieben die vier Freiheiten im Wahlkampf?

Freiheit der Meinungsäußerung und des religiösen Bekenntnisses, Freiheit von Furcht und Freiheit von Not — an diese vier amerikanischen Freiheiten dachten wohl die drei Mitglieder der KPD, die in Wiesbaden-Schierstein Wahl-Plakate klebten, als eine MP-Streife sie mit ihren Polizeiknüppeln zum Einsteigen in ihren Jeep zwangen. Die beiden Sergeanten die Plakate beschlagnahmten und mit Schimpfworten, wie „Ihr Nazis“, „Heil mein Führer“ usw. unsere Genossen beleidigten, demonstrierten die Erfolge des antikommunistischen Feldzuges. Auch der amerikanische Offizier, der in Lieblos, Krs. Gelnhausen mit einer MP-Streife eine Klebekolonie der KPD stellte, die Personalien aufnahm und fragte „ob die Kommunisten den Krieg wünschten, weil sie für die Russen Propaganda machen“, hat sich als ein Opfer des „kalten Krieges“ gezeigt, in dem die vier Freiheiten keinen Platz mehr haben.

Befreiung von der barbarischen Unterdrückung aller Freiheiten durch den Faschismus gekämpft. Die Aufhebung der vier Freiheiten durch die Besatzungsmacht und ihre Hilfskräfte in den Westzonen kommt in diesem Wahlkampf zum Ausdruck. Plakate der Kommunisten werden von der Polizei entfernt, Kommunisten müssen Durchsuchungen erdulden usw. Schon gab es den ersten politischen Mord, wurden Versammlungsredner vorsätzlich überfallen, geprügelt, mit Steinen beworfen. Warum? Die Kommunisten wollen die demokratische Freiheit für das Volk, für alle Völker und unter ihrer Führung kämpfen man in der ganzen Welt für die Freiheit der Meinungsäußerung und des religiösen Bekenntnisses, für die Freiheit von Not und von Furcht.

Das Schicksal der Ausgebombten ist denen gleichgültig, die heute die Macht hätten, das Elend zu lindern. Aber sie wollen nichts für uns tun, wir haben es jahrelang am eigenen Leibe verspürt. Wir würden uns selbst ins Gesicht schlagen, wenn wir ihnen am kommenden Sonntag bei der Wahl unsere Stimme geben würden.“ Das sind die letzten Worte einer Unterredung, bei der von den beiden alten Leuten viele Tränen vergossen wurden.

Die Freiheit der Meinungsäußerung war eine der unter dem Faschismus in Europa unterdrückten Freiheiten und die Söhne der Völker Amerikas und der Sowjetunion haben mit den deutschen und europäischen Widerstandskämpfern gemeinsam um die

Dr. Schacht hat seine Partei gefunden! In einer Wahlversammlung der Deutschen Partei in Blockade an der Elbe hat sich Dr. Hjalmar Schacht für die Ziele dieser Partei ausgesprochen. „Ein Staat auf christlicher Grundlage“ müsse aufgebaut werden, und bei den Wahlen gelte es, gegen den Marxismus zu stimmen.

Lebensbilder von Erhards registrierten „Schwarzhändlern“

Dienstags und freitags gehen sie stempeln

Es ist schon ein gemütliches Plätzchen auf den Bänken rund um die mächtige Linde auf dem Marktplatz eines, von den sonnigen Höhen umwobenen und sich an der mächtigen Flußschleife entlangziehenden Neckarstädtchens. Des morgens treffen sich dort die Alten und Gebrechlichen, um die Frühsonne zu genießen und die Neuigkeiten des Tages zu erzählen. Seit Monaten aber haben sich junge Menschen zu ihnen gesellt, niedergeschlagen und stumm resignierend — die Sorge um das tägliche Brot für sich und ihre Familie brennt ihnen im Gesicht.

wohnt in zwei kleinen Mansardenzimmern und muß für diese „elende Bude“ 35 DM Miete im Monat bezahlen. „Nun kommt noch Licht, Gas und Wasser dazu, wovon sollen wir dann noch leben?“ Vom ersten Tag seiner Entlassung an hat er auch täglich das Arbeitsamt gestürmt, hat täglich die Zeitungen studiert auf Stellenangebote, hat geschrieben und auf Antworten gewartet, ist in die Stadt gefahren um persönlich bei Dutzenden von Firmen vorzusprechen — alles ohne jeglichen Erfolg.

werden wir Heimkehrer, denen man noch nicht einmal Arbeit gibt, bestimmt nicht satt.“

Bauarbeiter und ausgesteuert!

„Schon monatelang gehe ich täglich auf die hiesige Nebenstelle des Arbeitsamtes und jeden Morgen erhalte ich die gleiche Antwort. Daß denen das nicht selbst langsam zum Hals raus hängt, wenn sie einem jeden Tag dasselbe sagen müssen.“ Bei Kriegsausbruch war er 19 Jahre alt. Vom ersten Tag des Krieges war er Soldat, zum Heiraten ist er „Gott sei Dank“ nicht gekommen und nachdem er jetzt mehr als ein halbes Jahr arbeitslos ist, muß er sich als „Ausgesteuerter“ mit etwas mehr als 6 DM in der Woche durchschlagen. Millionen von Häusern wurden durch den unseligen Krieg in Deutschland in Schutt und Asche gelegt, aber hier sitzt der 28jährige Bauarbeiter und muß sein Leben mit einem Hungerlohn fristen, das man amtlich, ohne zu erröten, als Unterstützung bezeichnet. Sein 59jähriger Vater, der in der Woche 38 DM verdient, muß ihn und seine tuberkulöse Schwester mit durchschleifen. Die Brotschulden beim Bäcker wachsen ihnen über den Kopf und mit der Miete sind sie zwei Monate im Rückstand. Noch nicht die Hälfte dessen, was auf der Lebensmittelkarte steht, können sie sich als vierköpfige Familie mit diesen „paar Pfennigen“ kaufen.

Der „Dank“ der Heimat

Ein anderer ist Heimkehrer. Vor sieben Monaten aus der Gefangenschaft zurückgekehrt, mit vielen Hoffnungen und den rosigsten Vorstellungen über das Wiedersehen mit der Heimat, enttäuscht und erbittert, steht er täglich mit in der großen Schlange derer, denen man das primitivste Menschenrecht: Das Recht zum Leben abspricht. Überall hat er angeklopft, aber außer ein paar tröstenden Worten nichts erhalten. Allein muß er sich mit seiner Not herumschlagen, seine Ersparnisse sind weg, als Flüchtling ist er in einer Baracke untergebracht, deren Wohnraumverhältnisse „zum Himmel stinken“ und mit der Phrase, daß wir alle arm geworden sind, wird er abgespeist. „Von der Hetze, die man um die Rückkehr der Kriegsgefangenen in den Zeitungen und Versammlungen betreibt,

Gebt denen, die euch brotlos machten, die Antwort

Ein kleiner Ausschnitt aus dem Schicksal dreier Menschen, von dem Prof. Erhard sagte, daß man in der Arbeitslosigkeit eine positive Erscheinung der gegenwärtigen Wirtschaftslage sehen könne. Ein kleiner Ausschnitt von dem Schicksal der Heimkehrer, aber eine Antwort an diejenigen, die mit dieser Frage eine zügellose Verhetzung der Massen heraufbeschwören wollen. Ein kleiner Ausschnitt aus dem Schicksal der Heimatvertriebenen, für die die Regierungsparteien immer dann etwas tun wollen, wenn eine Wahl vor der Tür steht.

Der alte Parkwächter, der sich durch Bewachung rastender Fahrzeuge noch ein paar kümmerliche Pfennige zu seiner Rente hinzu verdient, er kennt sie alle, die ihm jeden Tag ihr Leid erzählen. Er kennt den großen Strom derer, die dienstags und freitags das Arbeitsamt aufsuchen, um sich ihren Stempel geben zu lassen. Er hat schon viel gesehen und gehört und er weiß mit Bestimmtheit, daß viele, sehr viele seiner ständigen Banknachbarn am kommenden Sonntag ihren Brotlosmachern die gebührende Antwort geben werden.

Die Aufträge gingen ins Ausland

„Ich war kein Schwarzhändler, die jetzt das Heer der Arbeitslosen stellen, wie Prof. Erhard einmal behauptet haben soll, sondern ich habe seit 1946, nachdem ich aus Kriegsgefangenschaft entlassen wurde, ununterbrochen als Maschinenschlosser in einer Waggonfabrik gearbeitet. Seit fünf Monaten bin ich nun arbeitslos und wurde damals mit noch 200 Arbeitskameraden entlassen, weil wir keine Aufträge mehr bekamen, denn unsere Eisenbahnwaggons werden ja im Ausland repariert.“ Dafür können wir jetzt stempeln gehen.“ Er hat drei kleine Kinder im Alter von vier, sechs und acht Jahren, und muß mit einer Unterstützung von rund 30 DM in der Woche seine fünfköpfige Familie durchbringen. Er

Der Defa-Film „Affaire Blum“

in Capitol und Palast

Das außerordentliche und einmalige dieses filmischen Tatsachenberichtes ist die strenge Objektivität, die mit unerbittlicher Konsequenz die politischen Hintergründe eines Justizskandalis aufzeigt, ohne auch nur eine Sekunde den Boden der Fakten zu verlassen um billige Effekte zu erzielen. Wenn dennoch dieser Film dramatisch akzentuiert ist, und die Handlung zuweilen zu fast untragbarer Spannung vorgetrieben wird, so liegt dies in den natürlichen Begebenheiten dieses Falles selbst und nicht etwa an sensationeller Aufschauung von Einzelheiten kriminalistischer oder richterlicher Untersuchung, an welcher die Erzeugnisse dieses Genres deutscher und ausländischer Produktion so reich sind.

beugung, die in der Affaire Blum einen eklatanten Höhepunkt erreichte. Diese Gefahren können jederzeit wieder auflauchen, und so besitzt also dieser Streifen aufreißende und zur Bereitschaft mahnende Aktualität.

Der Fall Blum lag so: 1928 hatte der ehemalige Freikorpskämpfer Gabler durch ein fingiertes Stellenangebot den entlassenen Buchhalter des jüdischen Großindustriellen Blum in seine Wohnung gelockt, ermordete ihn dort und beraubte ihn um die im Stellenangebot geforderte Kautions. Durch in Umlauf gebrachte gefälschte Schecks, dem Scheckbuch des Opfers entnommen, lenkte der Mörder zunächst den Verdacht auf sich und wurde verhaftet. Der Ermordete hatte kurz zuvor gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber Anzeige wegen angeblicher Steuerhinterziehung erstattet. Dem dummdreisten Mörder, der in einer antisemitischen Justizbehörde eine Chance witterte, gelang es, die Verdachtsmomente von sich abzuwälzen, und die auf die Anzeige des Ermordeten hin prompt einschneidenden Gesetzeswahrer, für die es von vornherein feststand, daß der jüdische Fabrikant sich eines unbecommnen Mitwissers entledigen wollte, auf eine sehr willkommene Fährte zu hetzen. Ob schon die Beweiskette gegen den wirklichen Täter sich mehr und mehr schloß, und die Sache Blum langsam zu einem öffentlichen

Skandal wurde, ging der „unabhängige Richterstand“, während ihm die Reichspresse beifällig sekundierte, arrogant und skrupellos zu Wege, den Unschuldigen auf Schaffott zu bringen. Nur ein auf Veranlassung des Regierungspräsidenten ganz in der Stille arbeitender Berliner Kriminalist überführte, auf erdrückende Indizien gestützt, den zusammenbrechenden Mörder und verhinderte somit in letzter Minute einen Justizmord.

Erich Engel demonstrierte an diesem Film was Regie ist. Atmosphäre und Spannung, mathematisch sich überschneidende Linien, Realismus, der bis zur Grausamkeit geht in das Dunkel blitzend wie der Lichtkegel einer Blendlaterne, das sind die Elemente seiner Kunst. Die im leichten Konservativton hingeplauderten Gemeinheiten (Buch R. A. Stemmler) der Typen aus den Gerichtssälen und den Freikorps fallen ins Ohr und wecken die Resonanz im Bewußtsein: So war es! Friedl Behn-Grund, langjähriger Mitarbeiter Erich Warschneks und Matador der Kamera macht auch das unwesentlichste zum packenden Detail, und die Lautlosigkeit wandernder Bildskala zum Schrei. Das darstellerische Kollektiv — denn um ein solches handelt es sich hier — arbeitet flüchtig und mit frapperender Selbstverständlichkeit, eine Ensembleleistung, die der Persönlichkeit des Schauspielers sich überlegenem Regiewillen unterordnet. So entstand statt eines Spielfilms ein Dokumentarfilm ohne jede reiferischen Ambitionen,

nackte Wahrheit, die keine andere Tendenz in sich trägt als eben diese Wahrheit. Nach „Die Mörder sind unter uns“ und „Ehe im Schatten“ brachte die Defa nun diesen dritten Wurf. Warum nicht mehr Defa-Filme? Dreizehneinzig amerikanische Filme wurden bereits für die kommende Saison für Westdeutschland signalisiert, aus russischer oder ostzonaler Produktion bis jetzt noch nicht einer. Dies Mißverhältnis bedarf einer gründlichen Revision.

Im Alster brillierte ein „Tenor mit gen Himmel gerichteten Augen“, nämlich Tino Rossi, nobel und unaufdringlich als „Der unbekannte Sänger“. Eine nicht ungeachtet gliederte Handlung von entsagender Liebe, Leidenschaftsraserei und nolens - volens einen Schuß Tragik. Gute Kameraarbeit, gute Darstellung und nicht zuletzt der dezent singende Rossi haben den Film über das übliche Niveau fotografierter Chansons mit Rahmenhandlung hinaus. Franz Mohr

Bunter Abend im „Olymp“ Kommenden Montag veranstalten die Olymp-Lichtspiele in Käferl ein bunten Abend unter Mitwirkung namhafter Mannheimer Künstler darunter „Frau Knorzbach“ und Frau Luise Helene Emig. Den musikalischen Rahmen bestreiten die Rhythmiker, die Tanzorchesters „Caballeros“.

Die Stimme der Frau zur Bundestagswahl

Wir haben verschiedenen Frauen in Mannheim zwei Fragen gestellt. 1. Wie denken Sie über die Bundestagswahl? 2. Wie denken Sie darüber, daß auf den Kreislisten der Parteien keine Frauen kandidieren? Nachstehend bringen wir die Antworten, in denen sich einerseits die Enttäuschungen eines sorgenvollen Lebens und andererseits auch der gesunde Instinkt der Frau von heute widerspiegelt.

von heute ist brennend, ihre soziale Stellung, ihre Vereinsamung durch den männerverschlingenden Krieg, die Mutterschaft und das Kinderproblem sollten sie auf den Plan rufen. Daß keine Frau auf den Kreislisten der Parteien stehen, halte ich für eine Minderbewertung der Frau. Mehr Frauen ins Parlament und in die geistige Front, dann wird es so leicht keinen Krieg mehr geben. Die Frau ist immer noch der beste Anwalt der Frau.“ -m-

Die Platzanweiserin: „Ich bin verheiratet, Mutter von zwei Kindern, total ausgebombt und wohnte zeitweise im Bunker Ochsenferch. Ich habe jetzt endlich eine Wohnung bekommen und bin dabei, mir neue Möbel anzuschaffen. Die Bunkerluft hatte uns alle so entkräftet, daß wir lange Zeit brauchten, um uns wieder aufzurappeln. Die Bundestagswahl ist mir gleichgültig, die Parteien versprechen nur und halten nichts hinterher. Mein Mann und ich werden nicht wählen gehen.“

Hat der Heidelberger SPD-Kandidat Scheuklappen vor den Augen?

In Heidelberg stellten sich in einer Forum-Veranstaltung die Heidelberger Bundestags-Kandidaten aller Parteien dem Kreuzfeuer des Publikums. Der Bundestagskandidat der SPD, Emil Henk, wurde dabei befragt, wie seine Partei zum Marxismus und zur Lehre vom Klassenkampf stehe. Die Antwort „Die allgemeine Not in Deutschland hat die Klassengegensätze verwischt, aber noch immer sind die Arbeiter das Herz der SPD.“ (RNZ) Ein seltsamer Kandidat zur Bundestagswahl einer sozialistischen Partei, dem entgegen ist, daß gerade in unserer riesigen Notzeit insbesondere nach dem Raubzug der Währungsreform die Klassengegensätze größer als je zuvor geworden sind. Ist ihm nicht bekannt, was die Politik der hohen Preise und niedrigen Löhne des Prof. Erhards, die Hortungsgewinne und Milliarden Steuerhinterziehungen an sozialer Ungerechtigkeit und Unterschiedlichkeit in unserer Gesellschaft verursacht haben? Seiner Antwort nach weiß er es nicht. Wir leiden scheinbar alle Not. Wenn das Wort von den „verwischten Klassengegensätzen“ von dem Kandidaten der CDU gesprochen worden wäre, hätte es uns nicht überrascht, bei einem Sozialdemokraten aber stellen wir die Frage: Ist er mit Scheuklappen vor den Augen in den letzten Jahren durch Leben gegangen?

Die Verkäuferin: „Ich denke, daß man wählen muß, wenn man das Wahlrecht als Frau schon hat. Immer nur lächeln und immer vernünftig, heißt es bei mir, wie in dem Operettenlied. Von morgens bis abends stehe ich hinter dem Ladentisch und darf nicht den Mund aufmachen, auch wenn die Kunden meckern, und da möchte ich einmal zur Bundestagswahl meine Stimme geltend machen. Ich halte nichts davon, daß Frauen kandidieren, ein richtiger Mann kann unsere Interessen viel besser vertreten. Die Frau gehört in den Haushalt und nicht ins Parlament.“

Vier Millionen Arbeitslose in USA

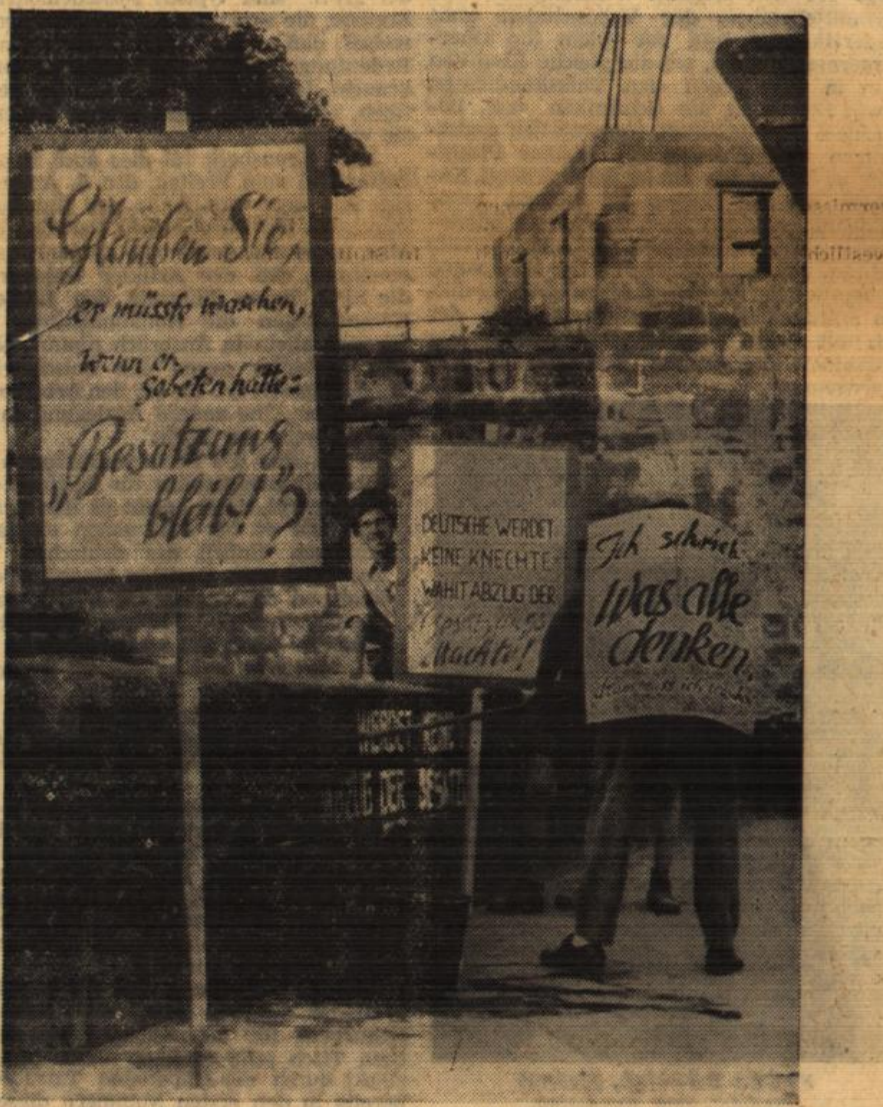
Zum ersten Male seit Januar 1942 hat die Zahl der Arbeitslosen in den USA Anfang August vier Millionen überstiegen, wie die zuständigen amerikanischen Behörden mitteilen. (DPD)

Die Arbeiterfrau: „Es ist höchste Zeit, daß wir ein Parlament bekommen, vier Jahre nach Kriegsende. Wenn wir Hausfrauen richtig wählen, dann können wir vielleicht einmal durchsetzen, daß die Schandpreise für Lebensmittel und Kleidung endlich heruntergehen. Ich halte es nicht für richtig, daß keine Frauen kandidieren. Nur eine Frau kann wirklich mit der Frau fühlen. Denken Sie einmal an Klara Zetkin seinerzeit im Reichstag, wie hat sie für die arbeitende Frau gesprochen, und wie ist sie damals dort den Nazis entgegengetreten! Da kann sich jeder Mann ein Beispiel daran nehmen.“

Die Frau eines Arztes: „Die Bundestagswahl ist sicherlich mit entscheidend für das künftige Geschick der Frau in Westdeutschland. Das Problem der Frau

„Deutsche werdet keine Knechte!“

„Wählt: Abzug der Besatzungsmächte!“



(Nach BDP) In Nürnberg wurden Jugendliche, die auf der Ringmauer die obige Wahlparole angeklebt hatten, von der Polizei gezwungen, diese Inschriften wieder abzunehmen. Sie taten es unter großer Begleitung. Sie führten Transparente bei sich, die die Inschriften trugen wie zum Beispiel: „Glauben Sie, er müsste waschen, wenn er geschrieben hätte: „Besatzungsmacht bleibt!““



### Unsere Wirtschaft stagniert

Ursache: Mangelnde Absatzmärkte

Amerikanische Beamte und Beobachter erklärten, daß außer den Produktions- und Handelsschwierigkeiten auch das stetige Anwachsen der deutschen Arbeitslosigkeit besondere Beachtung verdiene. Seit Mai 1948 ist die Erwerbslosenzahl von 439 000 auf 1 264 000 bis zum 15. Juli angestiegen und steigt noch weiter. Anzeichen einer Besserung sind nirgends zu erblicken. Die Amerikaner sind dabei um das Gefüge des europäischen Wiederaufbauprogramms besorgt, das bei einer zunehmenden Krise der westdeutschen Wirtschaft erschüttert werden könnte. In amerikanischen Kreisen werden auch die politischen Gefahren dieser Entwicklung hervorgehoben. Nach einem relativ raschen Aufstieg ist die Produktion in den Westzonen auf dem einmal erreichten Niveau stehen geblieben. Die deutschen Waren begegnen Absatzschwierigkeiten im Ausland. Verzweifelt kämpft Großbritannien um neue Absatzgebiete, um seinem Dollardefizit zu begegnen und die USA selber können ihren Geschäftsrückgang und dem eigenen Wachsen der Erwerbslosenziffer nicht Einhalt gebieten, für den deutschen Handel lassen sie deshalb keinen Raum.

Unter diesem Gesichtspunkt wird jeder verstehen, was es bedeutet, daß im wesentlichen der Austausch von Gütern zwischen den Westzonen und der Ostzone Deutschlands unterbunden ist. Der Umfang des Handels ist nicht mehr nennenswert und nur mit den Ländern der Oststaaten gleich Null, obwohl wir früher dorthin den Hauptteil unserer Waren lieferten.

### Dr. Schumacher kann nicht anders

Für Ost-Westhandel braucht er Rückenstütze

Dr. Schumacher ist Bejäger einer langen Besatzungszeit für Deutschland, damit natürlich auch verantwortlich für die daraus entstehenden hohen Kosten, für die das Volk durch Steuern aufkommen muß. Er ist jetzt auch für wirtschaftliche Ost-West-Verhandlungen, macht sie aber davon abhängig, daß die westlichen Besatzungsmächte eine klare Stellungnahme und Mitverantwortung dabei eingehen. Daß wir wirtschaftlich dem Tode entgegengehen, wenn wir nicht zu Handelsbeziehungen mit dem Osten kommen, pfeifen mittlerweile die Spatzen von den Dächern, und nun dümmert es langsam auch ihm. Er meint, daß im Falle einer Unterlassung von entsprechenden Sicherungen der westlichen Besatzungsmächte die Möglichkeit bestehe, daß Deutschland eines Tages der Vorwurf einer ökonomischen Rapallo-Politik gemacht werden könnte. Mit anderen Worten: Dr. Schumacher kann sich nicht vorstellen, daß man in Deutschland einmal wieder eine Wirtschaftspolitik treibt, die sich vorurteillos nach den deutschen Interessen richtet. Er will die Rückenstütze der Besatzungsmächte nicht vermissen. Was dabei herauskommen soll, steht auf einem andern Blatt, denn diese westlichen Alliierten suchen sich doch bei ihrem eigenen Elend auf unsere Kosten an den früher uns gehörenden Absatzgebieten schadlos zu halten.

Es ist interessant, auch in dieser Frage den Ruf Dr. Schumachers nach den westlichen Besatzungsmächten zu vernehmen, nachdem er mit der CDU im Kampfe liegt, wer bisher von ihnen am meisten vor den Besatzungsmächten auf dem Bauch gelegen habe. Dr. Schumacher bestreitet, es getan zu haben und liefert im selben Atemzug erneut den Beweis, daß er es bei der Frage der Anknüpfung des deutschen West-Ost-Handels wiederum tut.

## Ein Tag Arbeitsgericht - ein Zeitspiegel

Das Los des Heimkehrers

Der Angestellte W. ist aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt. Vergeblich bemüht er sich um seine ehemalige Arbeitsstelle. Nach Gesetz und Recht hat er dort einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung. Aber, wie in vielen Fällen, ist das auch hier nur graue Theorie. Die Baufirma Kallenbach will ihn nicht mehr beschäftigen. Letzte Hoffnung — das Arbeitsgericht. Aber die beklagte Baufirma bestreitet die Zuständigkeit desselben. Der Sitz der Firma sei Berlin, nur von dort können Angestellte eingestellt werden. Das Gericht möchte dem Heimkehrer gerne helfen, aber es kann und darf nicht. Es muß den Kläger nach Berlin verweisen. Dort soll er nun sein Recht suchen. Bitter ist die Entscheidung für den Heimkehrer. Sie bedeutet weiter Arbeitslosigkeit und Not. Berlin ist weit. Ob er überhaupt einmal wieder zu seinem rechtmäßigen Arbeitsplatz kommt, das ist mehr als ungewiß.

Zu alt — darum ...

Nächster Fall. Ein Arbeitsrentner, 68 Jahre alt, kämpft um seinen Arbeitsplatz. Man sieht, in harter Arbeit ist er alt und grau geworden. Wenn irgend jemand, dann hat er es verdient, seine alten Tage in Ruhe zu verbringen. Aber 52 DM Rente reichen nicht zum Leben und nicht zum Sterben. Bei der Firma Rada in Neckarau hatte er einen Posten als Nachtwächter inne. Der Lohn ist gering, aber der Mann war darauf angewiesen. Der Fall ist hoffnungslos. Infolge der Krise mußte die Firma ihre Belegschaft stark einschränken und ab ersten August die Produktion ganz einstellen. Der Einwand des Alten, daß ein anderer Nachtwächter eingestellt worden sei, erweist sich nicht als stichhaltig. Seine Hoffnung auf Weiterbeschäftigung ist endgültig dahin. Die Klage wird abgewiesen. Von der geringen Rente soll der Kläger noch die Kosten des Rechtsstreites tragen.

Teilhaber oder Angestellter

Auf einer etwas anderen Ebene bewegt sich der Fall Nr. 3, aber auch er spiegelt die verzweifelte wirtschaftliche Lage unserer Zeit wieder. Zwei Geschäftsleute tun sich zusammen. G. will die Firma L. wieder

## KPD Kandidaten unterstützen Gewerkschaftsforderungen

Welche Partei tat und tut es mit gleicher Konsequenz wie die KPD?

Der Gewerkschaftsrat der drei Westzonen hat in einem Aufruf die Forderungen der Gewerkschaften zur Bundestagswahl aufgestellt. Die Gewerkschaften fordern die schnelle und wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, von der sie mit Recht feststellen, daß sie weniger durch den vorgeschützten Mangel an Kapital als durch die grundsätzliche Einstellung der offiziellen Wirtschaftspolitik und durch die sinkende Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung verursacht ist. Wir Kommunisten unterstützen diese Forderung und zeigen den Weg, wie durch den sofortigen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zur Ostzone und durch die Befreiung unseres Außenhandels von der Fessel der JETI-Kontrolle Arbeit und Brot geschaffen werden kann. Die Gewerkschaften fordern ein umfassendes Wohnungsbauprogramm, ohne Mieterhöhung und andere Massenbelastung, durch Bereitstellung ausreichender öffentlicher Mittel. Diese Forderung deckt sich mit dem Wohnungsbauprogramm der KPD, das die Mittel für den sozialen Wohnungsbau durch die Senkung der 5 Milliarden Besatzungskosten und durch Vereinfachung des Staats- und Verwaltungsapparates aufbringen will.

Die Gewerkschaften fordern die dauernde Sicherung der Vollbeschäftigung durch Aufstellung eines volkswirtschaftlichen Gesamtplanes und durch ein Kreditlenkungsgesetz. Die Kommunisten unterstützen auch diese Forderung, sie halten jedoch die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeiterschaft für die unerlässliche Voraussetzung, daß die Planung und Lenkung auch wirklich den Interessen der Gesamtheit dient.

Die Gewerkschaften fordern die Sicherung des Existenzminimums und Erhöhung des Realeinkommens. Wir Kommunisten haben uns dafür immer eingesetzt und sind der Meinung, daß, nachdem alle Versprechungen auf Preissenkungen unerfüllt geblieben sind, in erster Linie durch Erhöhung des Lohnes, Renten und Unterstützungen der Ausgleich herbeigeführt werden muß.

Die Gewerkschaften fordern Demokratisierung der Wirtschaft durch das soziale, personelle und wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte durch Vertrauensmänner der Gewerkschaften in den Aufsichtsräten und durch die Bildung paritätischer Wirtschaftskammern. Auch dafür, insbesondere für das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte, haben wir Kommunisten uns immer eingesetzt.

Die Gewerkschaften fordern die Ueberführung entscheidender Wirtschaftszweige in Gemeineigentum. Sie können darin der Unterstützung der Kommunisten sicher sein, während z. B. die Regierungsparteien bis heute noch nicht einmal den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zu dem Sozialisierungsartikel der württembergisch-badischen Verfassung vorgelegt haben.

Die Gewerkschaften fordern ein einheitliches Arbeitsrecht und fortschrittliche Sozialpolitik, insbesondere gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit, Ausbau des Kündigungsrechtes, besonderer Kündigungsschutz und Hilfe für berufstätige Frauen während der Schwangerschaft, ein Berufsausbildungsgesetz und fortschrittliche Regelung des Lehrlingswesens. Auch diese Forderungen werden von den Kommunisten voll und ganz unterstützt.

Wir Kommunisten machen keine leeren Wahlversprechungen. Wir haben uns in der Öffentlichkeit wie auch im Landtag stets mit aller Kraft für die Forderungen der Gewerkschaften und ihre maßgebliche Mitwirkung bei allen sozial- und wirtschaftspolitischen Gesetzen eingesetzt. Dem ehemaligen kommunistischen Arbeitsminister ist für seine Tätigkeit im Interesse der Arbeiter- und Angestelltenschaft das volle Vertrauen der Gewerkschaften ausgesprochen worden.

Wir standen dabei in schärfstem Kampfe gegen die bürgerliche Landtagsmehrheit, von der z. B. der CDU-Abgeordnete Wiedenmeier bei der letzten Beratung des Urlaubsgesetzes erklärte, sie würden nicht länger Hebammdienste für die Gewerkschaften machen und im nächsten Jahre kein gesetzliches Mindesturlaub mehr zustimmen. Aber auch die SPD-Fraktion zeigte sich immer zur größten Nachgiebigkeit gegenüber ihren bürgerlichen Koalitionseurendern bereit. Es sei nur daran erinnert, wie das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte durch einen Kompromiß der Regierungsparteien beschnitten und abgeschwächt wurde. Sogar die Inkraftsetzung des Kompromisses hat Ministerpräsident Dr. Maier mit allen Mitteln sabotiert und erreicht, daß die Militärregierung ihre bereits aufgehobene Suspendierung erneut verhängt hat, ohne daß wir von einem Widerspruch der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder gehört haben.

Wer will, daß die Forderungen der Gewerkschaften verwirklicht werden, der muß helfen, daß eine starke kommunistische Fraktion im kommenden Bundestag einzieht. Robert Leibbrand

### Mühlenarbeiterstreik erfolgreich

Der Streik der Mannheimer Mühlenarbeiter wurde nach 14 Tagen erfolgreich beendet. Die Spitzenlöhne der Gruppe I werden um 10, der Gruppe II um 8, der Gruppe III und IV um 6 Pf. pro Stunde erhöht. Nach stundenlangen Verhandlungen zwischen Mühlenbesitzern und dem Streikenden wurde durch Präsident Schleicher vom württembergisch-badischen Gewerkschaftsbund und durch den Vertreter der Arbeitgeberverbände ein Schiedsspruch gefällt, dem sich beide Parteien von vornherein unterworfen hatten. Die neue Lohnregelung durch diesen Schiedsspruch liegt sehr erheblich über dem ersten Angebot der Arbeitgeber, die unter keinen Umständen mehr als 3 Pf. Lohnzulage bewilligen wollten. Erst nach Ausbruch des Streikes erhöhten sie ihr Angebot auf 5-8 Pf. Der neue Schiedsspruch liegt noch etwas günstiger als der Spruch des Arbeitsministeriums.

Das nunmehr vorliegende Ergebnis ist ein beachtlicher Erfolg der Mühlenarbeiter. Die Mühlenbesitzer, die seit 1945 allen berechtigten Forderungen der Arbeiter den hartnäckigsten und erbittertesten Widerstand entgegenzusetzen haben, mußten zu ihrem Leidwesen erfahren, daß die Mühlenarbeiter nicht mit sich spassen lassen und daß sie auch durchaus bereit sind zu kämpfen und Opfer zu bringen. Die Mühlenarbeiter haben der gesamten Arbeiterschaft Mannheims und Westdeutschlands mit ihrem Streik ein Beispiel gegeben, wie ein Lohnkampf erfolgreich geführt werden muß.

## SPD-Minister stimmten gegen Verbesserung der Sozialgesetze

Das Veto des Länderrates im Wirtschaftsrat aus wahlagitatorischen Gründen überstimmt — Was ist nach der Bundestagswahl?

Sechs vom Wirtschaftsrat verabschiedete Gesetze, darunter das zum Schutz der erwerbstätigen Mütter, das Kündigungsgesetz zur Verhinderung unsozialer Auswirkungen einer Entlassung, das Gesetz über die Grundsätze der Lohnregelung sowie das Gesetz zur Verbesserung der Leistung für Körperbeschädigte und die Bestimmung des Gesetzes, wonach Waisenrente und Kinderzulagen einheitlich bis zum vollendeten 18. Lebensjahre gewährt werden sollen, war von dem Länderrat des Wirtschaftsrates verworfen worden. Das Veto des Länderrates wurde nun in der letzten Sitzung des Wirtschaftsrates überstimmt, so daß die Gesetze Rechtskraft erlangen müßten.

Den Wirtschaftsrat hat in seiner letzten Sitzung nur die kurz bevorstehende Wahl zum Bundestag bewogen, das Veto des Länderrates zu überstimmen. Trotzdem ist bereits heute zu sagen, daß die Länderregie-

rungen Mittel und Wege suchen werden, den nur wahlagitatorischen Gründen gefällten Entscheid des Wirtschaftsrates unwirksam zu machen.

Die Abstimmung im Plenum des Wirtschaftsrates kann nicht ungeschehen machen, daß die sozialdemokratischen Minister, sieben an der Zahl, zusammen mit sechs CDU- und einem DVP-Ministerpräsidenten und Ministern gegen eine Verbesserung der Sozialgesetze gestimmt haben.

Wie auch immer im einzelnen die Begründung der Ablehnung der Sozialgesetze durch die CDU-, SPD- und FDP-Minister war, haben wir ein Beispiel dafür, daß sich das Schauspiel wiederholt hatte, wie wir es erleben mußten, als die sich im Wirtschaftsrat mit den Kommunisten in Minderheit befindende SPD-Fraktion gegen die Ermächtigungsgesetze Prof. Erhards, die ihm die Politik der Preistreiber, die seitdem in Westdeutschland herrscht, ermöglichte, ablehnten und dann durch die sozialdemokratischen Minister im Länderrat genehmigt wurden.

Es ist bezeichnend, daß die sozialdemokratischen Minister im Länderrat für die Durchführung einer Verbesserung der Sozialgesetzgebung sich genau wie die CDU auf den Standpunkt gestellt haben, daß kein Geld dafür da sei. Mit dieser Begründung werden sie auch weiter versuchen, die Durchführung des Beschlusses zu sabotieren. Ausreden hat man immer. Wenn es sich allerdings darum handeln würde, Millionen über Millionen für die Konkurrenzbauten in Frankfurt und Bonn, für die Vergrößerung des Bürokratenheeres oder Repräsentationsausgaben der Dr. Pänder und Erhard neue Mittel zu bewilligen, wäre das Geld da. Für Mutterschutz stehen die Minister-

vertreter der elf Länder auf dem Standpunkt, daß die „Deckung fehle“ und die Länder nicht mehr belastet werden können. Das gleiche erlebten wir als Begründung bei der Ablehnung des Gesetzes zur Verbesserung der Leistungen an die Körperbeschädigten.

Wenn die Wahlen zum Bundestag vorbei sein werden, wird man den von den Ministern im Länderrat geltend gemachten Einwänden wieder erneut begegnen. Der Dreh wird dann gefunden werden, mit dem man ungeschehen macht, was man aus Gründen der Wahlagitatorik jetzt zugestehen mußte.

Niemöller: kein Bannstrahl

Auf einer Pressekonferenz erklärte Pastor Niemöller: „Die evangelische Kirche könne niemals einen Menschen ausschließen, weil

## Frauen, seid Euch Eurer Stärke bewußt!

Nicht lamentieren — mithelfen!

Am 14. August wird das deutsche Volk zu einer großen Entscheidung an die Wahlurne gerufen. Auch Millionen Frauen werden ihre Stimme abgeben und damit weitgehend die Kräfte bestimmen, die in nächster Zukunft das politische Geschehen Deutschlands lenken. Und wieder wird es eine große Zahl Frauen geben, die ihr Entscheidung nicht aus ihrer eigenen Erkenntnis, sondern von der Entscheidung ihres Mannes, der befreundeter Personen oder von irgendwelchem gefühlsmäßigen Denken abhängig machen. Dabei ist den meisten Frauen wohl garnicht oder kaum bewußt, welche mächtige Waffe das Wahlrecht im politischen Leben darstellt. So wie es jetzt ist, hat es bestimmt keine Frau haben wollen, als sie bisher ihren Stimmzettel in die Wahlurne legte.

Was ist daran schuld, daß sie mit dem Lohn ihres Mannes nicht auskommt, wie kommt es, fragt sich eine andere, daß man ihr, nachdem man ihren Mann erst in den Tod getrieben hat, nun ein paar Hungerpfennige für sich und ihre Kinder gibt. Muße es sein, daß ihr die hart verdienten Spargroschen durch die Währungsreform einfach weggenommen wurden, fragt das alte Mutterchen.

Man redet vom verlorenen Krieg, von der Zerstörung in unserem Land, daß wir arm geworden seien ... Ja, da stimmt schon, aber ... mußten wir den Krieg führen, haben nicht Menschen darüber zu entscheiden gehabt? Doch, es haben die Menschen darüber entschieden, denen die Wähler das Vertrauen gaben, über ihr Wohl und Wehe zu befinden. Schaut Euch die Opfer dieser wahn sinnigen Politik an. Ist es nicht herzzerreißend, Verstümmelte, Kriegsblinde,

entstellte junge Menschen heute auf die offene Hand mitleidiger Bürger angewiesen zu sehen. Es ist kein Arbeitsplatz für sie da, denn sie leisten nicht, das was einer mit gesunden Gliedern macht. Die Renten sind erbärmlich!

Und die vielen, die draußen geblieben sind! Namenlose, Mutter, es ist dein Junge, der einst mit frohem Lachen durch deine Stube ging, Frau, es ist dein Mann, der dir das Glück ins Leben brachte. Sie mußten in den Tod gehen. Und schon wieder spricht man von der Notwendigkeit eines neuen Krieges, wieder des Profites willen. Eine große Not ist über uns gekommen. Nur einige, gerade die, die immer oben auf waren, haben es wieder verstanden, auf unser Rücken in den Sattel zu klettern. Tröstend spricht man uns von Lastenausgleich, Wiedergutmachung. Ein bitteres Lächeln schwebt um den Mund der Ausgebombten, des Flüchtlings, wenn er davon hört. Jetzt, acht Tage vor der Wahl verkündet man, daß das Sozialhilfegesetz da sei. Es bringt für viele große Enttäuschungen. Sie werden sie erst nach der Wahl gewahr. Wir Kommunisten allein führen einen konsequenten Kampf gegen alle die, die immer nur den Besitzenden helfen. Wir werden dafür verleumdet und verfolgt, aber wir gehen ungebeugt diesen Weg. Frauen, Ihr könnt vieles ändern, wenn Ihr Eure Macht, die all-in schon in Eurer zahlmässigen Ueberlegenheit besteht, bewußt für unsere Sache, für die Sache des Friedens, für den gerechten Kampf der Unterdrückten, gegen ihre Unterdrücker einsetzt. Helft uns eine bessere Zukunft erkämpfen. Wählt unsere Kandidaten zum Bundestag, damit sie dort dafür wirken können. Anette Langendorf, MdL.

## Befreiungskrieg gegen China ist gewonnen

Washington erklärt: „Tschiangkaischek ist verloren“ — Offensive im Süden geht weiter

Schanghai. Mao Tse-Tung stellte in einer Rede, die er anlässlich des 22. Jahrestages der demokratischen Volksarmee hielt, heraus, daß die Volksbefreiungsarmee den Krieg in China schon gewonnen habe. Einhalb Millionen kriegsmüder Ueberreste der Kuomintangtruppen, die bei der Masse des Volkes keinerlei Unterstützung mehr fanden, ständen nur noch der gut ausgerüsteten, aus freiwilligen Kämpfern bestehenden Vier-Millionen-Armee gegenüber, die, wohin sie komme, mit begeistertem Jubel empfangen werde.

Der Bürgermeister von Schanghai und Oberbefehlshaber der 3. Armee, General Shen Yi, erklärte, die Kuomintang habe keine Hoffnung mehr, die militärische Niederlage abzuwenden, zumal sie auch auf politischem Gebiet nicht mehr auf die Unterstützung des Volkes rechnen könne.

Auch in den USA scheint sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß der Krieg in China bereits zugunsten der Volksarmee entschieden ist. Im Zusammenhang mit der Erklärung Achesons von dem Repräsentan-

tenhaus, jeder, der sich mit fernöstlichen Fragen beschäftige, sei der Auffassung, daß eine militärische Stützungsaktion für die Kuomintang „gegenwärtig“ nicht durchführbar sei, erklärten politische Kreise in Washington, damit habe die USA-Regierung offen zu erkennen gegeben, daß sie die Sache Tschiangkaischeks für verloren ansehe. - Der Vormarsch der Volksarmee geht an allen Frontabschnitten unaufhaltsam weiter.

Der Marshallplan

(„Wertvolle Devisen für sinkende Lumpen“) Nicht gerade beglückt, eher ratlos, stehen die deutschen zuständigen Stellen, insbesondere das Hadern-Einfuhrkontor und die Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, den 1750 Tonnen überlieferten und mit Lebewesen unerfreulichster Art durchsetzten Lumpen gegenüber, die aus der Türkei im Hamburger Hafen eingetroffen sind und der Verwendung harren. Doch nicht genug hiermit — es sind noch weitere 10 158 Tonnen anvisiert, wie vertraglich vereinbart. Es handelt sich keineswegs um ein — wenn auch zweifelhaftes — Geschenk der türkischen Regierung, sondern diese Lumpen sollen be-

zahlt werden. Bedenkt man, daß allein die Frachtkosten 600 000 Dollar betragen, so kann man in Anbetracht unserer wenig rosigen Devisenlage nicht ohne Besorgnis den Preisverhandlungen entgehen, die zwischen einem Delegierten der türkischen Regierung, einem JEIA-Vertreter und einem neutralen Beisitzer ohne Einschaltung einer deutschen Stelle stattfinden sollen. Bereits im Laufe des Jahres 1948, als Mr. Anderson, der Einkaufsstellenleiter der JEIA, den Importvertrag mit der Türkei schloß, haben das Hadern-Einfuhrkontor und die Verwaltung für Wirtschaft bei der JEIA gegen diesen Beschluß erstmalig erfolgreich protestiert. Diese Versuche wiederholten sich, stießen jedoch bisher immer auf den gleichen Widerstand.

Bereits vor zehn Jahren, also 1939, sollten diese damals wahrscheinlich noch handelsfähigen Lumpen an Deutschland verkauft werden. Doch der Krieg vereitelte dieses Vorhaben. Das Amt für wirtschaftliche Kriegsführung der USA reservierte sich diesen Posten für rüstungswichtige Verwendungszwecke. Amerika, so blieben die Lumpen in der Türkei, wurden jedoch nicht abgerufen und gingen in Fäulnis über. „Frankfurter Rundschau“



### Richter urteilen als Menschen

Ein Kind, auf der Chaussee geboren

Theresia H. war 1926 in einem kleinen Dorf in den Sudeten als Tochter einer armen Bergarbeiterfamilie geboren. Als Kind schon mußte sie mithelfen, den Lebensunterhalt ihrer Familie zu bestreiten.

Nach der Aussiedlung aus der Tschechoslowakei wurde die Familie in Lütz, Kreis Parchim, ansässig, wo die Angeklagte im Kurhaus eine Anstellung als Reinmachermädchen fand. Wiederum kannte Theresia nur die Arbeit, die sich nach Feierabend auch noch auf den elterlichen Haushalt ausdehnte, da beide Elternteile — der Vater ist Kriegsinvalide und die Mutter leidet an einer schweren Frauenkrankheit — nicht mehr arbeiten können. Ihren Monatsverdienst von 40 Mark mußte sie zu Hause abliefern und war damit die Hauptverdiennerin und das Aschenbrödel der Familie.

Bald warb ein junger Mann um Theresia, der die Unerfahrenheit dieses Mädchens mißbrauchte — und sie sitzen ließ. Es war am Weihnachtsabend, als Theresia, die bis dahin ihre Schwangerschaft verborgen hielt, im Kurhaus, wo sie noch wenige Stunden vorher schwere Milchkannen tragen mußte, von Frühgeburtswehen überrascht wurde. In ihrer Not rannte sie auf die Chaussee und gebar in bitterer Dezemberkälte und unter entsetzlichen Schmerzen in der Nähe eines Wassergrabens das Kind. Angst vor dem Vater und furchtbarer Schmerz brachten sie dem Wahnsinn nahe. Sie ließ das Kind in dem Wassergraben liegen und schleppte sich nach Hause. Wiederum vertraute sie sich in ihrer Not niemandem an und arbeitete bereits am nächsten Tage wieder im Haushalt, und drei Tage später trug sie im Kurhaus wieder Milchkannen.

Jetzt hatte sie sich vor dem Schwurgericht in Schwerin zu verantworten. Kann man für diese verwerfliche Tat einer jungen Mutter Verständnis aufbringen? Das war die Frage, die sich wohl jedem, der dieser Verhandlung beiwohnte, aufdrängte.

Das Urteil lautete auf Freispruch und damit wurde klar erwiesen, daß man sich in der Ostzone redlich Mühe gibt, mit den veralteten Gesetzen zu brechen, die ohne Rücksicht auf soziale Verhältnisse und ihre Auswirkungen nur die Tat an sich verurteilen und die Schuld fast ausnahmslos bei dem Opfer strafen. Es besteht kein Zweifel, daß Theresia unter normalen Umständen eine solche Tat niemals begangen hätte.

Dem Urteil wurde ein medizinisches Gutachten zugrunde gelegt, das die Anwendung des § 51, Abs. 1, der besagt, daß die Tat zur Zeit krankhafter Störungen der Geistestätigkeit verübt wurde, ermöglichte. Dieser Freispruch zeigte, daß Richter als Menschen gerurteilt haben.

### Der Zaubermeister

Von W. A. Persich

„Ich werde morgen den Zauberer einmal besuchen“, sagte der Vater beiläufig, als spräche er von einem Brotmann oder Schuhmacher.

Das kleine Mädchen klatschte in die Hände.

„Oh, Pappi, da darf ich doch mitgehen, ja?“

Die Mutter lächelte, ihre Augen gaben dem Vater ein Zeichen.

Der überlegte sich die Sache einen Augenblick.

„Du mußt nicht denken, daß er in seiner Wohnung auch zaubert. Das tut er nur auf der Bühne. Es wird also langweilig, Karola.“

„Aber ich seh' ihn dann ganz nah!“ bettelte sie. Da gab er nach.

In der Nacht konnte das kleine Mädchen kaum schlafen. Es sah in der Dunkelheit, unter geschlossenen Augenlidern den grellen Punkt, in dem sich die Lichtbalken der Scheinwerfer auf der Bühne getroffen hatten und die Hände des Zauberers so überdeutlich machten. Darüber war sein spitzer Hut zu sehen, dann zuckte sein Zauberstab über einen Kasten, er tat Tücher hinein und lauter goldene Nüsse und Äpfel kamen heraus, wo eben die Tücher verschwunden waren. Er schüttelte einen leeren Korb, bestrich ihn mit dem Zauberstab, und schon

blühten Blumen in buntester Pracht darin. Wunder über Wunder, Zauberei, Märchen! Sie gingen in ein häßliches Haus. Die Stiegen waren schmal. Es roch nach Katzenstanz, nach Kohldunst, nach großer Wäsche und Staub.

Eine Frau, die eine halbzerrißene Küchenschürze vor ihren viel zu dicken Busen ge-

vorstellung überhaupt noch auf den Beinen stehen. Ich hätte Ihnen in normalen Zeiten das für die Apparatur geliehene Geld längst zurückgeben können, aber heute — Sie müssen sich gedulden, vielleicht noch ein, zwei Jahre.“

Der Vater klopfte dem Hageren auf die Schulter, nahm Hut und Handschuhe und wollte gehen.

„Wo wohnt denn der Zauberer?“ fragte Karola. „Oder gibt es hier nur eine Hexe?“

Die beiden Männer lachten.

„Du erkennst den Zauberer nicht?“ fragte der Vater. „Nun, Meister, ist der Zauberstab nicht da?“



bunden hatte, öffnete, als der Vater geklopft hatte.

Eine Hexe! — dachte das Kind und grüselte sich.

„Die letzte Tür!“ murkte das Weib und schlug die Flurtür hinter uns zu. Auf dem Korridor war es fast dunkel. Das kleine Mädchen preßte des Vaters Hand — dann war eine Stube erreicht — ach, was für eine Stube! So kahl und öde kannte Karola noch keinen von Menschen bewohnten Raum. Ein Feldbett stand darin, ein Garderobenschrank reckte verzweifelt seine hageren Arme gegen die verschmutzte Zimmerdecke, von der an einer Schnur eine Glühbirne ohne Umhüllung herabhäng, ferner gab es noch einen Tisch mit Wachstuchdecke, zwei Stühle, deren Rohrgesticht durchlöchert war, und in einem Dreibein aus Eisen eine zimmerne Waschschißel, über der ein Spiegel blinzelte, ein halbblindes Stück Glas, das kaum noch die gegenüberliegende Wand erkennen konnte.

Ein hagerer Mann erhob sich. Wahrscheinlich hatte er lächeln wollen, aber es sah aus, als zerre jemand an unsichtbaren Gummibändern seine Wangenknochen. Die Hand, die sich auch Karola entgegenstreckte, fühlte sich federleicht an. Der Zauberer war nirgends zu sehen. Karola wartete. Der Vater sprach mit dem Manne, Geld, hörte sie; nein, er habe nicht genug verdient. Und dann vernahm sie etwas, das sie nicht verstand.

„Auch wir leiden Not“, sagte der Hagerer zum Vater, „wir alle beim Varieté. Manchmal wissen wir nicht, ob wir am Ende der

Adakadabra — zischte das schwarze Stöckchen durch die Luft, da tanzten Würfel über das Wachstuch, verschwanden und lagen plötzlich in der zimmerne Schale. Karolas Augen sahen das Wunder. Aus seinem Jackenärmel zog der Zauberer ein Kartenspiel, aus ihren eigenen Haaren ein Goldstück.

„Zauberer“ verlangte sie. „Du brauchst nicht zu hungern — zaubere dir einen Braten, und mir einen Kuchen?“

Ratlos blickte der Hagerer vor sich hin. Er legte den Zauberstab weg und sagte müde: „Das kann ich nicht, mein Kind!“ und der Vater nahm sie bei der Hand und ging schnell fort.

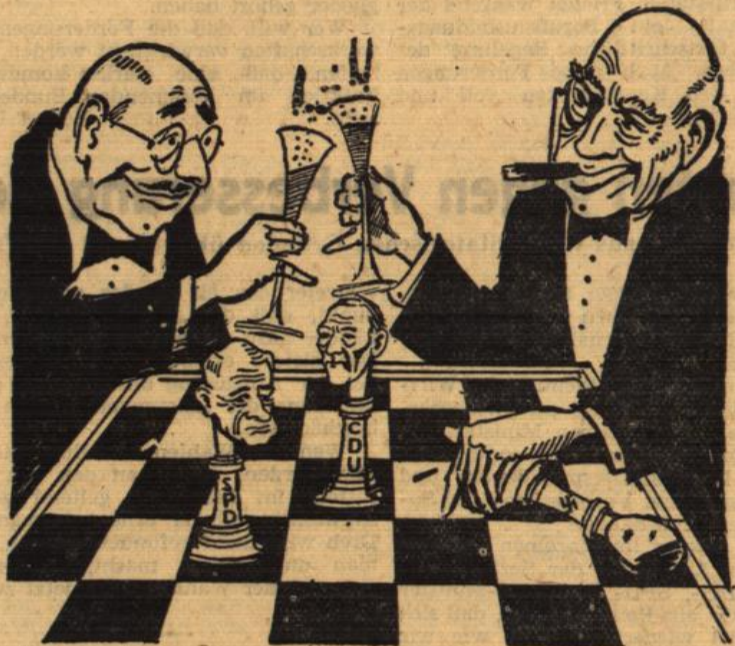
Seitdem gibt es keine Wunder mehr in der Welt.

Der Vater hat auch erklärt, warum es sie nicht geben kann. Aber nicht einmal das kann Karola glauben. Sie kann jetzt keinem Manne mehr glauben. Denn was soll man glauben, wenn ein Zauberer nicht einmal die einfachsten Dinge herbeizaubern kann?

### Eitelkeit bringt oft Kummer

Greta Garbos „göttliches“ Lächeln wollte sich die in Paris lebende amerikanische Schauspielerin Mary Trasher in den Mund montieren lassen. Da sie 46 Jahre alt ist, hat sie es nötig, ihre Reize aufzufrischen. Sie ging zu ihrem Landsmann Hally Smith, der am Place Vendôme als Dentist praktiziert. Er versprach, das erneuerungsbedürftige Gebiß für 275 000 Franken mit so viel smiling and appeal zu versehen, daß Mary als „Lustige Witwe“ in der gleichnamigen Léhar-Operette großen Erfolg haben würde. 100 000 Franken wurden angezahlt, und die

Behandlung fing an. Doch leider hatte die Göttlichkeitsaspirantin nicht bedacht, daß Eitelkeit oft Kummer bringt. Sie hielt die Torturen auf dem zahnärztlichen Marterstuhl nicht durch, verlor Schlaf und Appetit, fiel sichtlich ab und begann eines Tages einen weiten Bogen um den Place Vendôme zu machen. Hally wartete ein paar Monate auf sein Opfer und die restlichen 175 000 Franken. Dann klagte er. Mary, inzwischen notdürftig wiederhergestellt, erhob Gegenklage auf eine Million Franken Schmerzensgeld und Rückgabe der Anzahlung. Das Gericht ist ob dieser schwierigen Sache in Verlegenheit. Es beschloß, sie vom Zahn der Zeit benagen zu lassen.



„Na denn Prosit, Herr Generaldirektor, auf ein neues Spielchen!“

### SPD-CDU-Koalition in Karlsruhe ist schuld!

Bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit des Karlsruher Stadtrats beschließt Massenentlassungen bei der AAK

Durch ein Pressecommuniqué des Karlsruher Rathauses erfuhr die Öffentlichkeit von den Massenentlassungen bei der AAK (Trümmerbeseitigung). Kein Wort ließ man verlauten über die Stellungnahme der einzelnen Fraktionen und das Abstimmungsergebnis. Man glaubt, sich dieses Versteckspiel leisten zu können, nachdem die Bundestagswahlen unmittelbar bevorstehen, und 290 Arbeiter noch am 13. August den Weg zum Arbeitsamt antreten müssen.

Inzwischen wurde uns aber von Arbeitersseite der AAK mitgeteilt, daß nicht 290 Mann, wie das Stadtrat vorgetragen wurde zur Entlassung kommen, sondern über 360. Nicht genug, daß solch wichtige Angelegenheiten, wiederum aus wahltaktischen Gründen der städtischen „Regierungskoalition“ in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden, man operiert anscheinend auch noch mit falschen Zahlen, um die letzten Bedenken einiger Stadträte zu zerstreuen.

OB Töpfer erklärte: entweder Schuttaufräumung oder Aufbau. Nun, so einfach liegen die Dinge nicht! Die dreieinhalb Millionen D-Mark, die bisher zum Teil aus Landesmitteln in den Aufbau gesteckt wurden, haben sich auf dem Karlsruher Arbeitsmarkt, der ein ähnliches Gesicht wie zur Zeit der großen Krise von 1932 zeigt, kaum ausgedehnt. Und jedes Versprechen, daß aufgrund des künftigen Bauprogramms die Mehrzahl der entlassenen Arbeiter wieder unterkommen würden, ist entweder Demagogie, oder ein grobes Verkennen der Lage. Kaum ein Unternehmer wird auf den Appell der Stadtverwaltung hören. Die Baufirmen wollen in erster Linie junge, billigere Arbeitskräfte, während es sich bei den AAK-Arbeitern meistens um ältere Leute handelt. Mit dem Trost der Stadtverwaltung werden die jetzt auf die Straße geworfenen AAK'ler noch an Weihnachten stempeln gehen.

Die Haltung der kommunistischen Stadtratsfraktion war klar. Ihr Vorschlag lautete,

von dem Sechsmillionen-Bauprogramm 500 000 Mark abzuzweigen und die Schuttbeseitigung in dem bisherigen Umfang drei Monate weiterzuführen. Nach den bisherigen Erfahrungen in Karlsruhe, wird mindestens ein halbes Jahr und noch mehr verstreichen bis die neue Aufbaufinanzierung der Stadt sich, wenn auch nur gering, auf dem Arbeitsmarkt auswirkt. Die Baufirmen werden wie bis jetzt in erster Linie versuchen, aus ihrer Stammmannschaft das letzte herauszuholen, so daß Neueinstellungen in geringem Umfang erfolgen werden. Es war zu erwarten, daß der kommunistische Antrag von der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit abgelehnt würde. Daß sich aber nur ein CDU-Stadtrat fand, der mit den Kommunisten stimmte, zeigt, wie wenig die immer wieder in den Vordergrund gerückte sogenannte soziale Einstellung der Mehrheit des Stadtrats und Stadtverwaltung in der Praxis zum Ausdruck kommt. Versteckspiel vor den Wahlen, hochtönende soziale Phrasen, das sind nicht nur in Karlsruhe, sondern in ganz Westdeutschland die politischen Praktiken der bürgerlichen Parteien, einschließlich der maßgeblichen SPD-Führer.

Nicht nur die AAK-Arbeiter, sondern viele Werktätige werden diesen Bankerottpolitikern mit dem doppelten Gesicht am 14. August die gebührende Antwort erteilen und den Kandidaten der Kommunistischen Partei ihre Stimme geben.

**Handelsvertrag Moskau-Peking**

Der Peking Sender meldete, daß zwischen dem neuen China und der Sowjetunion ein Handelsabkommen, das vorläufig auf ein Jahr befristet ist, abgeschlossen wurde. China liefert der Sowjetunion Sojabohnen, Pflanzenöl, Gemüse, Mais und Reis während es dafür Industrieausrüstungen, Kraftfahrzeuge, Schweröl, Papier, Textilien, ärztliche Instrumente und Medikamente erhalten wird.

**Zusammenarbeit mit der nationalen Front**

Bei einer Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft für die Einheit Deutschlands in Stuttgart erklärte der Dompfarrer Kleinschmidt aus Schwerin, man habe in den Westzonen Hemmungen, von der deutschen Einheit zu sprechen, obwohl diese Frage angesichts der stärker werdenden politischen und wirtschaftlichen Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland immer dringlicher werde.

**Meine Meinung**

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion.

**Die Rentenquetsche**

Aus den Zeitungen entnehme ich, daß der Länderrat das Gesetz zur Erhöhung der Leistungen für Körperbeschädigte abgelehnt hat. Dies brachte mich auf den Gedanken, Ihnen meines Fall zu schildern, der, wenn er auch nicht in direktem Zusammenhang mit dieser unsozialen Maßnahme des Länderrates steht, Ihnen zeigen wird, wie in der Praxis das Oberverwaltungsamt Karlsruhe, das die Kriegsbeschädigten als „Rentenquetsche“ bezeichnet, arbeitet. Schon während des Krieges, im Jahre 1944, im Reservelazarett wurde bei mir ein Herzmuskelschaden festgestellt, hervorgerufen durch eine Malaria-Infektion. Das hatte zur Folge, daß ich mich seit 1946 in dauernder ärztlicher Behandlung befinde. Neben meinem Herzmuskelschaden zeigte sich in der Folgezeit auch eine erhebliche Nervenschädigung, eine nervöse Uebererregbarkeit, die auch eine nervenfachärztliche Behandlung nötig machte. Aber trotz aller fachärztlichen Behandlungen und verschiedenen Kuren in verschiedenen Bädern zeigte sich nicht nur keine Besserung, sondern eine fortschreitende Verschlechterung meines gesundheitlichen Zustandes. Nach vielen fach- und ärztlichen Untersuchungen wurden mir erst 40 Prozent, auf meine Berufung hin schließlich 50 Prozent Erwerbsminderung zugewilligt. Ich arbeitete nun mit dem Best meiner noch verbliebenen Gesundheit, weil ich muß, nicht etwa, weil ich kann und ständig von Schmerzen begleitet. Seit 1946 kämpfe ich darum, daß mir ein Erwerbsminderungsgrad von mindestens 70 Prozent zugewilligt wird, und damit eine objektive Beurteilung meiner tatsächlichen Invalidität, ohne daß mir Verständnis entgegen gebracht wird und beziehe dabei, da ich den Entschluß des Oberverwaltungsamtes nicht annehmen kann noch will, eine vorläufige Rente von 10,- DM monatlich. Ist dies der Dank des Vaterlandes für einen Schwerbeschädigten, der außer der geschädigten Krankheit noch mehrfach verwundet wurde? W. K. Heidelberg

### Die wachsende Schule - Schultyp der Zukunft

Ausstellung — Schule so oder so

Die in idyllischer Abgeschiedenheit gelegene Waldschule der Gartenstadt in idealer Lage, aus langgestreckten luftigen Pavillons bestehend, demonstriert gegenwärtig in einer Schau den Schultyp der Zukunft. Der nach heutigen Gesichtspunkten der Pädagogik aufgedieberte Unterricht ist bestrebt, den toten Schematismus alter Methoden auszuschalten und durch lebendige Veranschaulichung des Lehrstoffes im Kinde die Phantasie anzuregen und in schöpferische Bahnen zu lenken, statt wie bisher durch unfruchtbares Einexerzieren das im Kinde schlummernde natürliche Erkenntnisstreben abzustumpfen. Den kleinen Seelen erschließt sich im Märchenbau durch Wandmalereien die Tiefe der Grimmschen Märchenwelt, im Westpavillon fördert sie die Heimatliebe durch Landschaften aus Baden und Pfalz und im Verwaltungsbau die Naturkunde durch Versteinigungen und Schmetterlingssammlungen. Die Klassenräume sind hoch, luftig und in harmonischen Farbtönen gehalten, die Einrichtung besteht aus transportablem Gestühl, wie es die einschlägige Industrie heute liefert zur Förderung des Gruppenunterrichtes. Noch ist alles im Werden, doch im planierten Gelände grünt schon der vor kurzem angelegte Rasen, Blumenrabatten schmücken es aus, und ein Botanischer Garten wird angelegt. Die Waldschule ist im Werden und Wachsen, ein wohlthuender Gegensatz zu den üblichen unfreundlichen

Kasernenbauten, eine Schule als Pflanzgarten, als Heim gedacht, heute notwendiger denn je wo so viele Kinder ein richtiges Zuhause entbehren müssen.

Der Mangel an Schulräumen macht sich auch hier fühlbar, für 26 Klassen mit Durchschnittsstärke von 45 Schülern stehen nur 14 Räume zur Verfügung. Der Wiederaufbau eines der beiden zerstörten Pavillone ist dringendes Gebot, damit die Baracken der Notschule vom Komplex der Waldschule endlich verschwinden. Der Appell des Rektors wurde hoffentlich gehört. In Sandhofen ist es schlimmer, 40 Volksschulklassen und sechs Klassen der Mädchenberufsschule haben nur 18 Unterrichts-räume; die Inbetriebnahme der wiederaufgebauten Friedrichsschule in vier Wochen ist noch in Frage gestellt, weil die Mittel für die Inneneinrichtung noch nicht zur Verfügung stehen. Es ist Sache der Ausschüsse und des Finanzreferenten der Stadt, hier Abhilfe zu schaffen.

**Freudloses Leben der Kriegsbeschädigten**

Die Flüchtlingsvereinigung teilt uns zu unserem Artikel, erschienen in der Nr. 29 unter obiger Überschrift mit, daß der Möbelhändler Hoffrichter nie Geschäftsführer der Flüchtlingsvereinigung war. Hoffrichter leitete lediglich zeitweise die Geschäfte des Eil- und Hilfsdienstes dieser Organisation.

### Wir gratulieren!

Am 2. August beging unsere Genossin Lina Ritter aus Karlsruhe ihren 70. Geburtstag. Seit 30 Jahren steht sie ununterbrochen in der Arbeiterbewegung und trotz ihres hohen Alters wirbt sie heute noch — täglich treppauf und treppab — für unsere Zeitung. Wir sprechen dieser verdienten Genossin unsere allerherzlichsten Glückwünsche aus. Mögen viele ihr nacheifern!

### Gen. Philipp Schultheiß gestorben

Am 2. August 1949 verstarb nach siebenmonatiger Krankheit unser Gen. Philipp Schultheiß in Ziegelhausen bei Heidelberg. Seit 40 Jahren politisch organisiert, war er immer ein aktiver Vertreter der Sache des werktätigen Volkes. Nach der Kapitulation 1945 leitete er für kurze Zeit als Bürgermeister die Geschicke seiner Gemeinde. Zuletzt war er Gemeinderat und erfreute sich bei allen großer Achtung und Beliebtheit.

Erst 58 Jahre alt setzte der Tod seinem kämpferischen Leben ein all zu frühes Ende. Wir werden unseren Gen. Philipp Schultheiß immer ein treues Gedenken bewahren.

**Schach**

Problem Nr. 23  
G. Gärtner, Mannheim

Matt in 2 Zügen

Kontrollstellung:  
Weiß: Ka6, Dd1, Te5, Lb6, Sb7, f4, Bb6, e6 (8).  
Schwarz: Kc6, Df8, Tc2, Lb4, g6, Se7, Ba8, d3, g4 (9).

Lösung zur Aufgabe Nr. 23:  
1. Da1 (dron't Dxb8+), Lxal, 2. Sb2 ver-stellt das kritische Feld, Txb2 ver-stellt den L, Bauernumwandlung; Schwarzer Schnittpunkt mit sparsamen Mitteln dargestellt.

Aufstiegsspiel in die badische Verbandsklasse  
Schachklub Schwarz-Weiß Mosbach — Schachklub 1910 Mannheim

Am Sonntag, dem 17. Juli 1949 bestritt unsere Mannschaft ihr erstes Aufstiegsspiel gegen den Schachklub Schwarz-Weiß Mosbach in Mosbach. Zu diesem Kampf sind wir in stärkster Besetzung angetreten. Das Spiel endete 1 1/2:1/2 für den Schachklub 1910 Mannheim. Zwei Hängepartien stehen noch offen, deren Ausgang aber keinen Einfluß mehr auf das Endergebnis haben, da ja der Kampf mit 4/5 Punkten bereits entschieden ist. Unsere siegreiche „Acht“ spielte in folgender Besetzung mit nachstehenden Einzelergebnissen:

1. Brett Schnepp-Mosbach gegen Tunnat-Mannheim 0:1 Pkt., 2. Brett Dr. Funk-Mosbach gegen H. Ott-Mannheim 0:1 Pkt., 3. Brett Schifferdecker-Mosbach gegen A. Kohl Müller-Mannheim 1:0 Pkt., 4. Brett Früh-Mosbach gegen W. Kohl Müller-Mannheim (H.) 5:5 Pkt., 5. Brett Dr. Schön-Mosbach gegen Krotz-Mannheim (H.) 6:0 Pkt., 6. Brett Florstedt-Mosbach gegen G. Kohl Müller-Mannheim 1/2:1/2 Pkt., 7. Brett Pauli-Mosbach gegen H. Kohl Müller-Mannheim 0:1 Pkt., 8. Brett Möller-Mosbach gegen F. Kohl Müller-Mannheim 0:1 Pkt. Endergebnis 1 1/2:4 1/2 Pkt.

Die mit „H“ bezeichneten Parteien sind Hängepartien. Der Kampf wurde insofern etwas getrübt, da der Schachklub Mosbach, trotz vorheriger Abmachung, die Hängepartien nach der Pause nicht mehr fortsetzte. Der Schachklub 1910 Mannheim hat sofort gegen dieses unsportliche Verhalten hartnäckigen Protest beim Landesspielleiter in Heidelberg eingeleitet.

**Schach-Mannschafts-Wettkampf**  
an 15 Brettern am Sonntag, dem 24. Juli 1949, im Lokal „Zum neuen Tivoli“

Schachklub 1910 Mannheim — Schachklub Käferal 10:5

Der Vorkampf in Käferal zu dem wir mit einer Kombination B-C-Klasse-Jugend ansetzten waren, endete unentschieden 7 1/2:7 1/2. Auch diesmal waren wir gezwungen, mit einer stark ersatzgeschwächten Mannschaft in den Kampf zu gehen. Trotzdem gelang es uns, die Käferaler Einheit mit 10:5 einwandfrei niederzukantern. Der Sieg hätte sogar noch höher ausfallen können, wenn nicht einige Parteien in klarer Gewinnstellung verloren gegangen wären. Unsere siegreiche Fünfhörnermannschaft spielte in folgender Aufstellung mit nachstehenden Einzelergebnissen:

1. Brett H. Ott-1910 Mannheim gegen Preuß-Käferal 0:1, 2. Brett Krotz-1910 gegen Eicher-Käferal 0:1, 3. Brett W. Kohl Müller-1910 gegen Wagner-Käferal 1:0, 4. Brett Koch-1910 gegen Krieger-Käferal 1:0, 5. H. Kohl Müller-1910 gegen Landwehr I-Käferal 0:1, 6. Brett Liebich-1910 gegen Wenzel-Käferal 0:1, 7. Brett Bergkemper-1910 gegen Jäger-Käferal 1:0, 8. Brett G. Schmitt-1910 gegen Scheller-Käferal 1:0, 9. Brett Gänsmantel-1910 gegen Nagel-Käferal 1:0, 10. Brett Ph. Schmitt-1910 gegen Wildemann I-Käferal 1:0, 11. Brett Schäfer-1910 gegen Weber-Käferal 1:0, 12. Brett Janson-1910 gegen Lippler-Käferal 0:1, 13. Brett Weyrauch-1910 gegen Wildemann II-Käferal 1:0, 14. Brett Meher-1910 gegen Sackmann-Käferal 1:0, 15. Brett Otto-1910 gegen Landwehr II-Käferal 1:0. Endergebnis 10:5 Punkte.

# Wählt die Kandidaten der KPD!



# Karlsruher-Einkaufsquellen der „Volksecho“-Leser!

Kissel-Kaffee  
Groß-Rösterei

## Kissel-Kaffee täglich frisch geröstet!

Annahme von Lohnröstungen  
Kaiserstr. 150 - Autoeinfahrt Akademiestr. 15.

**Sport-Laengerer**  
IM MÜHLBURGER-TOR TEL. 6569  
DER Sportfachmann - die Zünftigen wissen es!

**HONIG-GROH**  
Leopoldstraße 20  
echt. Blütenhonig  
Pfund 3,70 DM

**WINSCHERMANN G. m. b. H.**  
Kohlen-Groß- und Kleinhandlung - Rheinreederei  
KARLSRUHE, Stephaniensstr. 94, am Kaiserplatz - Tel. 815, 816, 817

Wollen Sie etwas Gutes essen  
kaufen Sie SCHINDELE'S **Delikatessen!**  
*Feinkost Schindeler*  
Waldstr. 75/77 und Karlstr. 25 Tel. 5325 und 23

Zum Einmachen!  
**Riemp-Kräuteressig Weinessig**  
- reine Gärungssesige -  
in einschl. Geschäften erhältl.  
**Christian Riemp**  
Essigfabrik  
Karlsruhe Telephone 188/189

**Pkw**  
mit hervorragender Lautspeicheranlage und wirkungsvoller Reklamefläche für Werbezwecke zu vermieten durch:  
**A. Burkhardt**  
Karlsruhe  
Schumannstr. 10  
Telefon-Nr. 2666

Ihr **Spezialgeschäft**  
für **Herren- und Damenwäsche**  
ist stets  
**Hollenschläger**  
Dou'lass'raße 5 Tel. 3902

Bettwäsche, Wolldecken, Steppdecken, Matratzen, Metallbettstellen  
in reicher Auswahl und billigster Preisstellung im  
**Textilhaus Hertenstein**  
INH. RUDOLF KÜTTERER  
KARLSRUHE Ecke Herren- u. Erbprinzenstr.

**Gelegenheitskauf!**  
**Schlafzimmer**  
echt Nußbaum, 180 cm  
DM. 700.-  
**Küche**  
Eisenblech lack., 160 cm  
DM. 200.-  
**MÖBEL-GOOS**  
Markgrafenstraße 41, Ecke Kreuzstraße

Große Auswahl  
außergewöhnlich preiswert  
freundliche Bedienung  
finden Sie im  
**Fachgeschäft für gute Uhren**  
**O'Hiller**  
Uhrenschleimer & Juwelier  
Waldstraße 24

**Kleidungsstücke in Gefahr!**  
Ihr größter Feind sind die Motten. Aber auch Beschädigungen durch Hundebiß, Fahrradsturz, Stacheldraht, Scherenschnitte, Verbrennungen durch Bügeleisen und Feuer, ferner Flecken sind sehr unangenehm. Viel Ärger und große Kosten werden erspart durch die gewissenhafte und saubere Arbeit bei der  
**Kunst-Stopperei**  
Massenschneiderei und Kleiderpflege  
**Wolf**  
Karlsruhe, Zirkel 25a Nebenstr. 14, Tel. 4598  
(Bite diese Anzeige ausschneiden!)

**Möbelhaus BADENIA**  
Inhaber: Oskar Kastner, Ruf 5691  
Karlsruhe, Erbprinzenstraße 28, am Ludwigplatz  
bleibt für den Werkstätten das wunderbare  
**Schlafzimmer 730.-**  
in Eiche mit kaukasischem Nußbaum für  
Ferner große Auswahl:  
**Polierte Schlafzimmer / Küchen**

Ihr **Spezial-Geschäft**  
in  
**Feinkost - Wein Spirituosen**  
**O. Görger**  
Karlsruhe, Telefon 5794  
Kaiserstraße 135

Und Sonntags ins Freie  
mit Kamera und Film  
von  
**Heinrich Holzmann**  
**Photo-Glock**  
Karlsruhe Durlach  
Waldstraße 35 Lufstraße 26  
Tel. 9042 Tel. 91603

Süddeutsche Handelsgesellschaft  
**Wilhelm & Co.**  
Adlerstraße 13 KARLSRUHE Telephone 3107  
**Küchen ab DM 195,-**  
Schlafzimmer (Rüster) 3türig, 1,80 m breit, ab DM 585,-  
Schlafzimmer Eiche mit Nußbaum, 3türig, 1,80 m breit, Mitteltüre poliert DM 885,-

Empfehle in großer Auswahl preiswerte  
**Stoffe** Damenstoffe, Herrenstoffe  
Seidenstoffe, Baumwollwaren  
**Wilhelm Braunagel**  
jetzt: **HERRENSTRASSE 23**  
Eingang um die Ecke gegenüber d. Drog. Roth

In der neu eröffneten  
**Metzgerei Hoffmann**  
werden Sie mit  
Qualitätswaren bedient  
**Adlerstr. 15**  
Ecke Kaiserstraße

**Radio-GERATE**  
Bastlerteile  
Reparaturen  
vom bewährten Spezialhaus  
**Radio-ADG**  
Kaiser-, Ecke Adlerstraße

**Hettlage**  
liefert den Beweis für Qualität bei kleinstem Preis  
Ihr Fachgeschäft für Herren- und Knabenbekleidung  
**Hettlage**  
Karlsruhe Kaiserstraße 15

**Waltz & Würthner**  
ist das  
**Schuhhaus**  
das gute Qualitäten zu billigen Preisen führt und Sie stets zuvorkommend bedient!  
**Kaiserstraße 153**  
Café Leinweber, II. Stock

**B. OEHLER**  
Schreinerei und  
Möbelhandlung  
Werkstätte: Adlerstraße 22  
Verkauf: Kaiserstraße 31

**Theilacker & Co.**  
Uhren - Schmuck  
Reparaturen  
Wir werden Sie zu Ihrer vollen Zufriedenheit bedienen  
**Kaisersstraße 38**  
Telephon 2554

**Café Großmann**  
in Eiskreme  
Backwerk - Pralinen  
bereits ein Begriff  
**Kaiserstraße 46**

Formvollendung  
ohne Zwang -  
ungeahntes  
Wohlgefühl  
bürgl. Thalytia-  
Formenpflege,  
für jeden Alter,  
jeden Zustand  
der Figur, Fach-  
beratung unver-  
bindlich, Druck-  
schriftkostenlos.  
**THALYSIA**  
Alleinvertretung:  
Reformhaus Alpina, Karlsruhe  
Adlerstr. 36, Haltestelle Kriegstr.

**Fahrräder**  
**Wilh. Jakob**  
Nähmaschinen  
Ersatzteile - Reparaturen  
**Schützenstr. 39**  
neben der Schule.  
Große Auswahl in erstklassigen  
Markenrädern  
Torpedo - Miele - Expres -  
Bastert

**SPIELMANN**  
ETAGENGESCHÄFT  
in Damen-Herren-Kinderkleidung  
KAISERSTR. 94  
Teitzahlung

Seit über 40 Jahren  
bekannt für reiche Auswahl, gute Qualitäten, billige Preise in  
**Herren-, Damen-, Kinderwäsche, Handarbeiten, Wolle**  
ist  
**Weber**  
Ecke Augarten-  
straße 83

**Farben-**  
**Lacke - Tapeten**  
kaufen Sie reell  
im Fachgeschäft  
**Farben-Holl**  
Kaiserstraße 5  
am Durlacher Tor

**Fachdrogerie**  
**Heinrich Stoll**  
Karlsruhe  
Kaiserstr. 36, Ecke Kronenstr.  
Filiale Daxlanden:  
Kastenvürstr. 32, Tel. 8045

**Pilssee - Kurbelstickererei**  
Knöpfe - Anfertigung von  
Kleinkleiderwaren: Handschuhe,  
Taschen usw.  
**Rockstroh**  
Karlsruhe, Douglasstraße 24

**Autohaus Wipfler**  
Ettlinger Straße 47  
**An- u. Verkauf**  
Tankstelle - Garagen  
Tag- und Nachtdienst

**Radio-Gabriel**  
das bestens bekannte **Fachgeschäft**  
KARLSRUHE, Putlitzstraße 26, Telefon 7447  
ab 15. August auch **Karlstraße 56**  
Haltestelle Mathystraße  
Zur Eröffnung bis 1. September  
große **Preisnachlässe**  
auf sämtliche Geräte

**HEINI Gartner** Weine · Spirituosen  
Tabakwaren  
Wilhelmstraße 45



### Firmen die unsere Leser als Kunden schätzen!



Besucht die  
**„Weinheimer Woche“**  
 Ausstellung für Kultur — Industrie — Landwirtschaft  
 Handel — Handwerk — Gewerbe  
 12. bis 21. August 1949  
 in Weinheim/Bergstr. Sonn- und werkt. geöffnet von 9—20 Uhr

**Das Haus  
 das jeden anzieht**

TEXTILHAUS

**Jacob**

WEINHEIM

Süddeutsche Malz-Kaffee-Fabrik sucht für den hiesigen Bezirk im Lebensmittel-Großhandel gut eingeführten  
**Provisionsvertreter.**  
 Angebote mit Ref. unter 2098 an die Gesch.-Stelle d. Blattes.

**Zur Körper- und Fußpflege**  
 bei lästiger Hautausdünstung und Schwelbildung den ungewöhnlich saugfähigen und geschwindigenden  
**Klosterfrau-Aktiv-Puder**  
 zu DM 0,95, DM 1,30 u. DM 1,82 in allen Apotheken und Drogerien  
 Klosterfrau, Melissengetränk, Schnupfpulver- u. Puderfabrik Köln a. Rh.

**Wiedereröffnung F2, 8**  
 Möbel- und Bettenhaus  
**A. Gonizianer**  
 Mittelstraße 18 Tel. 527 08  
 Teilzahlung

**Möbel**

**Einzelschränke**  
 120—180 cm, in Buche, Eiche  
 188,-, 192,-, 290,-, 352,-

**Küchenbüfett**  
 Buche, stabile Ausführung, 185 cm DM 345,-

**Schlafzimmer**  
 echt Eiche, Schrank 180 cm, mit Einlegearbeiten... DM 750,-

Schlafdecken, Matratzen, Matratzenringe, Bettfedern, Metallbetten in großer Auswahl

**spaniam, betrieblicher Leistung...**

**3500**

Der neue **MAGIRUS** mit dem luftgekühlten **DEUTZ** Dieselmotor 3 1/2 kW Leistung

**Ernst Islinger**  
 Motorfahrzeuge G.m.b.H.  
 Mannheim, Hafenstr. 17-21, Telefon 5 087

**KAUFHAUS  
 VETTER  
 MANNHEIM**

**Geschäftsräder**  
 sowie  
**Fahrräder**  
 in jeder Ausführung und Preis

**FAHRRADHAUS  
 PETER MARTIN  
 MANNHEIM**  
 am Messplatz 6

Billig! Billig! Billig!

**Kleiderschränke**

eintürig 60,- 90,-  
 zweitürig 118,- 128,- 138,- 148,-  
 dreitürig 176,- 215,- 225,- 235,-

**H.C.H. BAUMANN & CO.**  
 Qu 5, 4 Mannheim Qu 5, 4

**STOFFE**  
 — einfarbig — 20 Farben,  
 130 cm breit

**6,90, 5,90**

Täglich: Neuangelegte guter Damenkleidung.

**MODE UND HEIM**  
 MANNHEIM PALAZZ  
 PLATZ 11

**Kugellager**  
 in allen gäng. Größen  
**FINDLING, (77a) Ettlingen 62**  
 Lechleiterstr. 1.

**+ Eheleute +**  
 Keine Frauensorgen mehr d. U.  
 U T E - Dauer - Mutterschutz.  
 Gratis-Prospekt gegen Fretum-  
 schlag. Pharmagent Hamburg 1.  
 Postfach 708/R

Uhrenreparaturen zu  
**Wilhelm Zimmer**  
 Luzenberg, Untere Riedstraße 22

**Auch Sie werden Platzmieter**  
 im  
**NATIONAL-THEATER MANNHEIM**  
 bei der  
**Ermäßigung der Platzmieten bis zu 28 Prozent.**

Die Vorteile der Platzmieter:  
 1. Selbstgewählter, ständiger Platz in 15 Vorstellungen  
 2. Kein Anstehen an der Theaterkasse  
 3. Bevorzugter Vorverkauf bei besonderen Anlässen (Gastspielen)  
 4. Zahlung der Platzmieten in 4 Raten  
 5. Bei unvorhergesehenen Fällen Umtausch der Karten für dasselbe Stück

**SPIELPLAN-VORSCHAU FÜR DIE SPIELZEIT 1949/50**  
 Für die Schauburg und die geplanten „Kammerspiele“

Oper: E. Wagner: Tannhäuser \*), Walküre \*), G. Verdi: Rigoletto \*), Falstaff oder Aida \*), C. M. v. Weber: Der Freischütz \*), W. A. Mozart: Die Entführung aus dem Serail \*), Così fan tutte \*), A. Dvorak: Rusalka \*), J. Offenbach: Hoffmanns Erzählungen \*), R. Unkel: Der Patriot (Uraufführung \*).

Operette: J. Strauß: Walzerzauber (Uraufführung d. Neubearbeitung v. W. W. Goettig \*), Die Fiedler \*), K. Millöcker-Mackeben: Dubarry \*).

Schauspiel: J. W. v. Goethe: Geschichte Gottfriedens v. Berlichingen \*), Fr. v. Schiller: Die Räuber \*), W. Shakespeare: Romeo und Julia \*), F. Grillparzer: Ein treuer Diener seines Herrn \*), J. Webster: Der weiße Teufel, H. v. Kleist: Der zerbrochene Krug, dazu G. Büchner: Leonce und Lena \*), G. E. Lessing: Mimma von Barnheim \*), J. Raimund: Der Alpenkönig \*), Moliere: Die Schemelstreiche des Scapin, H. Ibsen: Die Wildente, A. Strindberg: Rausch, G. Hauptmann: Die Ratten \*), E. Rostand: Cyrano von Bergerac, A. Schnitzler: Der grüne Kakadu, dazu B. Shaw: Der Mann des Schicksals, O. Wilde: Bunbury, V. Sardou: Also gut, lassen Montserrat \*), M. Anderson u. K. Weill: Knickerbocker, P. Verhoeven und T. Impekoven: Das kleine Hokkonsert \*), H. Schweikart: Lauter Lügen, E. V. Tildmarsh: Das fängt ja gut an, F. Kortner: Donauwellen \*), ferner ein Weihnachtsmärchen.

Bedeutende Neuerscheinungen werden im Austausch dem Spielplan eingefügt. Wegen weiterer Uraufführungen schreiben Verhandlungen.

\* Die 15 Platzmieten-Vorstellungen werden aus den mit Stern bezeichneten Stücken ausgewählt.

Wenden Sie sich an die Geschäftsstelle des Nationaltheaters, K 1. Sa, 1 Treppe hoch! (Geschäftszeit 10—13 Uhr und 14—16 Uhr.) Telefon 417 24, 325 66, 502 55.

**Film VON Heute VORANZEIGE ab Freitag**

<b>ALSTER LICHTSPIELE</b> 0 3 6 TEL 44647	<b>TINOROSS</b> in <b>Der unbekannte Sänger</b> in deutscher Sprache Beginn: 14.00 16.00 18.15 20.30 Uhr	<b>JENNIFER JONES</b> in <b>„LIEBESBRIEFE“</b> in deutscher Sprache
<b>Capitol</b> AM MESSPLATZ TEL 51186	Donnerstag letzter Tag! <b>„Affaire Blum“</b> Paul Bildt, Maly Delschaft u. a. Beg.: 14.00, 16.30, 19.00, 21.00 U.; Vorverkauf ab 11.30 Uhr	Ein Film mit Millionenaufwand und gigantischem Ausmaß <b>Rom in Flammen</b> Eine Meisterleistung italienischen Filmschaffens
<b>PALAST</b> BREITESTR. 116 TEL 44635	Donnerstag letzter Tag! <b>„Affaire Blum“</b> Paul Bildt, Maly Delschaft u. a. Beg.: 10.30, 12.45 15.00, 17.20, 20.00 Belprogramm: Empfang des VFR in Mannheim	<b>„Der Würger“</b> in deutscher Sprache nach dem Roman von Edgar Wallace: „Die toten Augen von London“, mit Hugh Williams, Bela Lugosi u. a.

**Keine Lücke schliesst sich...**

**FREIES VOLK**

**ZENTRALORGAN  
 DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI  
 DEUTSCHLANDS**

*Erscheint ab 1. September täglich!*

*Auch Ihre Wohnung braucht ein neues Kleid*



Beachten Sie bitte unsere Gardinenschau im 1. Stock ab Samstag dem 13. August. Fachmännisch geschulte Kräfte werden Sie gut beraten.

**KÖSTER**  
 am Paradeplatz  
 Das Kaufhaus für Kleidung und Heim

**Ist's das Bett . . . . dann zu Reichle**  
 Der Weg lohnt sich!  
 2 Beispiele unserer Fabrikation:  
**1a. Java-Kapok-Matratzen**  
 gut Jacquarddrell - 3teilig mit Kopfteil DM 145,-  
**Stahlmatratzen**  
 mit 20 Kegelfedern DM 20,-  
 Matratzen-Arbeiten von morgens bis abends billigst!

**E. REICHLÉ & Co. G. m. b. H.**  
 MANNHEIM - L 10, 7  
 DAS ETAGEN-BETTENHAUS

**Das Einkaufs-A-B-C**

**Born** Mannheim 0 6, 9  
 DIPL. OPTIKER am Universum

**Lederwaren** Offenbacher Lederwaren  
**Wilhelm Friedrich Bauer**  
 an den Planken, O. 6, 6 — Ruf 410 49

**MOBEL VOLK** zeigt Ihnen unverbindlich die anerkannt größte Auswahl formschöner Qualitätsmöbel zu günstigsten Preisen  
 Mannheim, Qu 5, 17.

**Radio** **Radio-Kunze L 6, 12**  
 Alle Geräte durch:  
 Radio-Sparvertrag ab 5.— DM wöchentlich

**Eine Sechstagenacht auf der Phönix-Kampfbahn**  
**Der große Schlager am 13. August, 22 Uhr**  
 Am Start die gesamte süddeutsche Spitzenklasse  
 für Küche und Keller ist bestens gesorgt  
**RRC ENDSPURT 1924, Mannheim**

**HEKA**  
 schaff dir den besten Platz auf Deinem Tisch!



in **10** Minuten  
**Pflaumen- und Zwetschen-Marmelade mit Opekta**  
 Opekta nur in Original-Flaschen niemals lose

